

Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008 – Entwicklung von Reichtum und Armut in Niedersachsen 2005 bis 2007

Die Berichterstattung über die Entwicklung von Armut und Reichtum in Niedersachsen kann mittlerweile auf eine zehnjährige Tradition zurückblicken. Seit dem Jahr 1998 wurde in den Statistischen Monatsheften Niedersachsen einmal pro Jahr darüber berichtet, wie sich die sozialen Disparitäten im Lande entwickelt haben. Diese zuverlässige und langjährige Berichterstattung wird hiermit fortgesetzt. Aufgrund verschiedener Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene, veränderter Datenbedürfnisse und aufgrund verbesserter Auswertungsmöglichkeiten wurde aber die Methode der Berichterstattung entscheidend weiterentwickelt und auf eine neue Basis gestellt. Diese Weiterentwicklung wurde im Vorfeld intensiv mit den Kunden der Berichterstattung über Armut und Reichtum diskutiert. Im Folgenden werden Erkenntnisziele, Qualitätskriterien und methodische Grundannahmen der Berichterstattung, ihre wichtigsten Begriffe und mathematisch-statistischen „Stellschrauben“ sowie die aktuellen Ergebnisse für die Berichtsjahre 2005 bis 2007 vorgestellt.

Der Niedersächsische Armuts- und Reichtumsbericht wurde durch folgende Autoren erstellt: Sascha Ebigt (Sascha.Ebigt@lskn.niedersachsen.de), Prof. Lothar Eichhorn (Lothar.Eichhorn@lskn.niedersachsen.de), Jessica Huter MA (Jessica@huters.de), Dr. Dirk Soyka (Dirk.Soyka@lskn.niedersachsen.de) und Dr. Luca Rebggiani (Luca.Rebggiani@lskn.niedersachsen.de). Die Autoren danken Dr. Eva Munz (LDS NRW) und Sabine Köhne-Finster (StBA) für die fachliche Unterstützung.

1. Methodische Grundannahmen

1.1 Was ist Armut und wie kann man sie messen?

Armut ist ein umgangssprachlich geläufiger Begriff, dessen genaue wissenschaftliche Definition aber alles andere als einfach ist. Ging es im vorindustriellen Zeitalter bei der Armenfürsorge um das nackte physische Überleben der betroffenen Personen, so definiert man heutzutage in hochentwickelten Ländern Armut als mangelnde Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es wird also angenommen, dass gewisse Grundbedürfnisse auch bei den Armen gedeckt sind, dass diese aber nicht in der Lage sind, vollständig am sozialen Leben mit all seinen Facetten (Bildung, Freizeitaktivitäten) zu partizipieren. In wirtschaftlich unterentwickelten Ländern steht dagegen weiterhin das Problem des körperlichen Fortbestands im Vordergrund der Armutsmessung. In neuerer Zeit, so z. B. durch den Europäischen Rat in Lissabon im Jahr 2000,

wird oft auch der Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ (Exklusion) verwendet, die durch materielle Armut entsteht. Dieser Begriff soll den Blick darauf lenken, dass Armut nicht nur materiell-finanzielle Aspekte hat, sondern dass es auch um Partizipationschancen im umfassendsten Sinne geht.

Wann ist man also „arm“? Die bisherigen Überlegungen führen zu zwei möglichen Herangehensweisen: Zum einen die Erfassung absoluter Armut, also das Fehlen elementarer Güter und Dienstleistungen, wenn dafür das Einkommen nicht ausreicht. Dies wird anhand absoluter Grenzen gemessen, wie z. B. die Ein-Dollar-pro-Tag-Grenze der Weltbank, die bei weltweiten Armutsuntersuchungen angewandt wird. In hochentwickelten Ländern wird dagegen Armut i. d. R. als relative Armut gemessen, also als Abstand zum gesellschaftlichen Durchschnitt. Um die relative Armut messen zu können, wird eine bestimmte Grenze als maximaler Abstand zum Durchschnittseinkommen definiert. Liegt das Einkommen einer Person unter dieser Grenze, wird sie als „arm“ gezählt, ist es viel höher als der Durchschnitt, gilt sie als „reich“. Dabei wird davon ausgegangen, dass man ein bestimmtes Maß materieller Ressourcen benötigt, um eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben erreichen zu können. Setzt man dann die Anzahl der so definierten Armen in Bezug zur Gesamtpopulation, erhält man die Armutsquote, die den Anteil der Armen an der gesamten Bevölkerung angibt. Diese Herangehensweise erlaubt es, Fragen des sozialen Zusammenhalts zu untersuchen (also ob es ein „Auseinanderdriften“ der Gesellschaft gibt), liefert aber strenggenommen keine Informationen über die materielle Wohlfahrt der Armen. Alle auf Basis des Konzepts der relativen Armut ermittelten Daten sind streng statistisch Disparitätenmaße, also Informationen über die Ungleichverteilung von Einkommen.

Eine weitere Einschränkung betrifft die Wahl der Bezugsgröße: Die materielle Wohlfahrt eines Individuums lässt sich an mehreren Variablen messen: an seinem Einkommen, an seinem Vermögen, seinem Konsum oder auch an seinen sozialen Beziehungen. Dicht geknüpfte soziale und familiäre Netzwerke erlauben es z. B., einige Bedürfnisse nicht über den Markt zu befriedigen. Man denke hier an die Pflege im Alter, die in traditionellen Familienverbänden von Angehörigen übernommen wird, sonst aber große Kosten verursacht, oder auch an viele kleine Dienstleistungen, die am Markt teuer eingekauft werden müssen, wenn sie nicht im Familien-/Bekanntenkreis ausgetauscht werden können. Sowohl die Vermögensverteilung als auch die

Konsumstruktur ist weitaus schwieriger zu messen als das Einkommen und auch die Forschung über Armut und soziale Bindungen steht erst am Anfang¹⁾. Die meisten Studien beschränken daher die Analyse auf das Einkommen, das durch Haushaltsbefragungen und Steuerstatistiken recht gut erfasst werden kann und messen somit relative Einkommensarmut. Wenn im Folgenden vereinfachend von „Armut“ und „Reichtum“ die Rede ist, so ist damit immer relative Armut und relativer Reichtum gemeint.

Auch die Größe Einkommen bedarf dabei einer Definition. Grundsätzlich könnte man unterscheiden zwischen Markteinkommen und verfügbarem Einkommen, also jenem nach Abzug der Steuern und Hinzurechnung der Sozialtransfers. Das erste würde Informationen zur Ungleichheit liefern, die der Markt selbst generiert. Das zweite enthält schon die die Auswirkungen der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen. In den meisten Studien wird das letztere genommen, da es die tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten eines Haushalts reflektiert. Dieses verfügbare Einkommen wird anschließend bedarfsgewichtet personenbezogen: Alle Einkommen eines Haushalts werden aufaddiert und durch die Anzahl seiner Mitglieder geteilt. Diese gehen aber nicht mit gleichem Gewicht ein, sondern je nach dem, ob sie der „Haushaltsvorstand“ sind und welches Alter sie haben. Damit sollen „Skalenvorteile“ abgebildet werden, die beim gemeinsamen Wirtschaften entstehen.

Derartige Äquivalenzskalen werden anhand von Konsumanalysen ermittelt und es gibt sie in unterschiedlicher Form²⁾. Eine streng wissenschaftlich ableitbare „überlegene“ Skala gibt es nicht. Die niedersächsische Berichterstattung über Armut und Reichtum hat bis 2007 die Skala nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verwendet. Die BSHG-Skala lässt den Haushaltsvorstand mit dem Gewicht 1,0 in die Berechnung eingehen, die zweite Person im Haushalt mit 0,8 und alle weiteren mit 0,6. Die neue OECD-Skala setzt niedrigere Gewichte für weitere Personen im Haushalt und Kinder an. Sie weist dem Vorstand ebenfalls das Gewicht 1,0 zu, allen weiteren Personen über 14 Jahre 0,5 und Kindern bis 14 Jahre 0,3. Für einen Vierpersonen-Haushalt (Vater, Mutter, 16-jährige Tochter, 10-jähriger Sohn) mit einem Gesamteinkommen von 2 000 Euro würde sich somit nach BSHG-Skala ein Äquivalenzeinkommen von 666,67 Euro pro Haushaltsmitglied ($2000/(1,0+0,8+0,6+0,6)$), nach der neuen OECD-Skala eines von 869,57 Euro ($2000/(1,0+0,5+0,5+0,3)$). Die Festlegung der sogenannten Laeken-Indi-

1) Vermögensuntersuchungen haben mit der mangelnden Auskunftsfreude gerade wohlhabender Personen sowie mit Bewertungsproblemen zu kämpfen. Ein vielversprechendes Projekt ist in diesem Zusammenhang das Luxembourg Wealth Study (<http://www.lisproject.org/lwstechdoc.htm>). Konsumanalysen bedürfen einer sehr detaillierten Erfassung des Nachfrageverhaltens, die in Deutschland nur die alle 5 Jahre erhobene Einkommens- und Verbrauchsstichprobe liefert. Siehe zu beiden Punkten: L. Rebeggiani (2007): Personelle Einkommensverteilung, privater Konsum und Wachstum, Marburg. - 2) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung in J. Faik (1995): Äquivalenzskalen: theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

katoren zur Armutsmessung auf europäischer Ebene, die die neue OECD-Skala verwenden, hat letztlich dazu geführt, dass sich diese als internationaler Standard etabliert hat. Ab diesem Jahr benutzt daher auch die niedersächsische Berichterstattung zum Zwecke der besseren nationalen und internationalen Vergleichbarkeit die „neue OECD-Skala“.

Von großer Bedeutung ist auch das mit dem Konzept der Teilhabe bzw. Vermeidung sozialer Exklusion verknüpfte Konzept der Lebenslagenorientierung: Die Armen sind keine sozial homogene Gruppe. Man kann aus ganz verschiedenen Gründen arm sein, und es gibt daher kein Patentrezept der Bekämpfung von Armut. Es ist aber klar, dass bestimmte Lebenslagen (z. B. Erwerbslosigkeit, Krankheit, schlechte Qualifikation, zerstörte soziale Netzwerke) das Armutsrisiko steigern. Diese Lebenslagen und ihr Zusammenhang mit Ausmaß, Struktur und Entwicklung von Armut müssen genauer betrachtet werden.

Eine ganz wichtige Quelle von Armut entzieht sich weitgehend der statistischen Beobachtung, nämlich die sogenannte „sekundäre Armut“, die schon seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts beobachtet wird. Der Begriff meint die oft mangelnde Fähigkeit, mit vorhandenen Ressourcen sinnvoll wirtschaften zu können, und verweist auf eingeschränkte Handlungskompetenzen von Menschen aufgrund von Krankheit, Sucht oder Sozialisationsmängeln. Gerade wenn die Ressourcen knapp sind, benötigt man z. B. die Fähigkeit, planvoll einzukaufen und den Haushalt wirtschaftlich zu führen. Jüngere Überlegungen wie z. B. die zur Einführung einer Energieberatung für SGB II-Empfänger verweisen in diese Richtung.

1.2 Bisherige Berichterstattung in Bund und Land

Warum wird die bisherige Berichterstattung, die sich auf 20 Jahre lange Zeitreihen stützt, durch ein neues Konzept ersetzt?

Im Jahr 1998 legte die seinerzeitige Landesregierung dem Landtag einen „Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum“ vor (LT-Drucksache 14/220). Zentraler Bestandteil dieses umfangreichen Berichts von 209 Seiten war die Berechnung von Armuts- und Reichtumsquoten, die vom Statistischen Landesamt vorgenommen wurde. Seitdem wurde die Berichterstattung in den „Statistischen Monatsheften Niedersachsen“ jährlich fortgeführt mit einer im Laufe der Jahre zwar verfeinerten, aber im Kern unveränderten Methode³⁾. Diese basierte auf der o. g. BSHG-Skala und einer bestimmten Standard-Tabelle des Mikrozensus als ausschließlicher Datengrundlage.

3) Vgl. Ebigt / Eichhorn / Huter und Soyka, Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2007, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/2007, S. 692ff. Hauptdatenquelle war die automatisch erzeugte MZ-Standardtabelle „HF 1.19“.

Diese Jahr für Jahr automatisch erzeugte Standardtabelle bestand in einer Kreuztabellierung von Haushaltsgröße mal Nettoeinkommensgrößenklasse. Mehr stand nicht zur Verfügung. Die Methode war zwar zuverlässig, erlaubte aber nur geringe, meist indirekte Einblicke in die soziale Struktur.

Im Jahr 2005 traten die Hartz IV-Reformen in Kraft. Zugleich wurde der Mikrozensus auf eine neue methodische Grundlage (monatliche statt jährliche Durchführung) gestellt. Verbunden damit waren verbesserte und differenzierte, sehr flexible Auswertungsmöglichkeiten von Individualdaten des Mikrozensus, verbunden mit dem Fortfall der bisherigen Standardtabelle. Zunächst war es schwierig, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, weil es im Statistischen Landesamt noch kein Knowhow in der Auswertung von Einzeldaten gab. Mittlerweile gibt es – auch dadurch, dass sich Niedersachsen seit 2008 am Forschungsdatenzentrum der Länder beteiligt – dieses Knowhow. Das erlaubt es, jeden einzelnen der 80 000 Datensätze „anzufassen“ und analytisch auszuwerten, und damit können jetzt erstmals gezielt bestimmte Lebenslagen, die Armut begünstigen, in den Blick genommen werden. Auch die regionale Dimension von Armut wird jetzt erheblich genauer als vorher untersucht.

Zugleich gab es wichtige Entwicklungen auf Bundesebene. Im Jahr 2001 wurde der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung publiziert; im Jahr 2008 gab es bereits den 3. Armuts- und Reichtumsbericht, eine Studie von mehreren hundert Seiten. Diese untersucht sehr differenziert den sozialen Raum und berechnet – vor allem auf Basis der Einkommens- und Verbrauchstichprobe und der neuen Statistik „Leben in Europa“ (EU-SILC) – Armuts- und Reichtumsquoten unter Zuhilfenahme der neuen OECD-Skala. Jede regionale Berichterstattung für Länder und tiefer muss sich zwangsläufig daran anpassen, denn natürlich will man die Werte für sein Land mit denen anderer Länder und Deutschland insgesamt vergleichen.

Die amtliche Statistik hat sich bundesweit dieser Aufgabe angenommen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben eine Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“ gegründet, die bereits einen ersten Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006“ vorgelegt hat und jetzt daran geht, gemeinsam Armutsquoten für die 16 Bundesländer zu berechnen. Niedersachsen arbeitet hier mit, um die Vorteile der föderalen Arbeitsteilung optimal auszunutzen und um wirklich absolut vergleichbare Ergebnisse für alle 16 Länder zu erstellen. Darum musste der Übergang auf die neue OECD-Skala erfolgen. Deshalb müssen bedauerlicherweise die langen Zeitreihen aufgegeben werden. Dieser Preis muss gezahlt werden für die überregionale Vergleichbarkeit und das tiefere Eindringen in die Lebenslagen.

2. Neues Grundkonzept der Niedersächsischen Berichterstattung über Armut und Reichtum

Die Berichterstattung soll die Entwicklung von Armut und Reichtum im zeitlichen und regionalen Vergleich darstellen. Besonderes Augenmerk wird dabei natürlich auf die in Armut bzw. prekären Lebenslagen lebenden Menschen gelenkt. Bestimmte die Armut begünstigende „Risikofaktoren“ werden besonders untersucht. Dazu gehören vor allem Alter (Kinderarmut, Altersarmut), Qualifikation (niedrige Qualifikation als Armutsrisiko), Familienstrukturen (z. B. Alleinerziehende), Nationalität und natürlich Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit. Eine Aufteilung nach Geschlecht wäre zur Ermittlung geschlechtsspezifischer Differenzierungen zwar wünschenswert, ist aber in diesem Zusammenhang und mit der gewählten Methode schwierig: diese basiert nämlich nicht auf Individualeinkommen (die problemlos Männern oder Frauen zugeordnet werden können), sondern auf Haushaltseinkommen, die letztlich auf alle Haushaltsmitglieder gleich aufgeteilt werden. Die berechneten Quoten sollen einerseits deutschlandweit vergleichbar sein und andererseits auch einen innerniedersächsischen Regionalvergleich erlauben. Außerdem müssen zumindest Anknüpfungspunkte für einen darüber hinaus gehenden europäischen Vergleich („Laeken-Indikatoren“) hergestellt werden. Diese Qualitätsanforderungen haben bestimmte weit reichende methodische Konsequenzen.

Datenquelle: Es kommen im Prinzip die Einkommens- und Verbrauchstichprobe, die EU-SILC, das Sozioökonomische Panel und der Mikrozensus in Betracht. Alle diese Erhebungen liefern wertvolle Informationen aus verschiedenen Blickwinkeln und verschiedenen Schwerpunkten. Um es kurz zu machen: Für eine regionale Berichterstattung kommt nur der Mikrozensus in Frage, denn nur diese große 1%-Stichprobe mit ca. 80 000 Befragten in Niedersachsen kann regionalisierte Ergebnisse unterhalb der Landesebene liefern. Der Mikrozensus hat den Nachteil, dass er die Einkommen tendenziell unterschätzt und dass er keine Informationen über das Vermögen enthält. Dafür hat er – außer seiner Regionalisierbarkeit – drei entscheidende Vorteile:

- jährliche Verfügbarkeit der Daten;
- umfassendes Informationspotenzial, u.a. über Einkommen, Erwerbsstatus, Qualifikationen – dies erlaubt eine Vielzahl von Auswertungsmöglichkeiten;
- Erhebung mit Auskunftspflicht: alle anderen genannten Erhebungen basieren auf freiwilliger Teilnahme und sind dadurch systematischen Verzerrungen ausgesetzt.

Berichtsjahre: Die Hauptindikatoren werden für 2005, 2006 und 2007 berechnet. Länger zurück können die

Zeitreihen nicht gehen, denn 2005 erfuhr einerseits der Mikrozensus eine tiefe methodische Zäsur, und andererseits trat Anfang 2005 die Hartz IV-Gesetzgebung in Kraft, die tiefgreifend in die sozialen Sicherungssysteme eingriff. Immerhin kann über drei Jahre hinweg beobachtet werden, ob die Schere zwischen arm und reich sich weiter öffnete.

Bevölkerungsbegriff: Alle Angaben beziehen sich auf die Bevölkerung in Privathaushalten, also ohne die Bevölkerung in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. Alle Angaben, auch die von denjenigen Befragten, für die keine Einkommensangabe vorlag, werden auf diese Bevölkerung hochgerechnet.

Äquivalenzskala: Um die überregionale Vergleichbarkeit herzustellen, wurde die neue OECD-Skala gewählt, die der bundesweiten und europäischen Berichterstattung zugrunde liegt. Die erste Person erhält den Äquivalenzfaktor 1,0; jede weitere Person über 14 Jahre einen von 0,5; Kinder bis zu 14 Jahren: Faktor 0,3.

Durchschnitt: Als Maßstab für das durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen (= Pro-Kopf-Einkommen) kommen das arithmetische Mittel und der Median in Betracht. Da Einkommensverteilungen fast immer „linkssteil / rechtsschief“ sind (meist gibt's nur sehr wenige Reiche, jedenfalls erheblich mehr Arme und Normalverdiener), wird überwiegend der Median (der Wert, der in der Mitte aller Einzelwerte steht) als Bezugspunkt herangezogen. Das arithmetische Mittel ist bei Einkommensverteilungen immer höher als der Median. Außerdem wird das arithmetische Mittel von „Ausreißerwerten“ (also sehr reichen Haushalten) stark beeinflusst, der Median aber nicht. Bei der gewählten Datenquelle Mikrozensus würde dies eigentlich keine große Rolle spielen, weil es im oberen Bereich der Einkommensskala eine nach oben offene Einkommensklasse gibt, die „Ausreißerwerte“ gar nicht zulässt. Aber da die weitaus meisten einschlägigen Untersuchungen mit diesem Kennwert arbeiten, ziehen auch wir – um die Vergleichbarkeit herzustellen – den Median heran.

Schwellenwerte für relative Armut und relativen Reichtum: Die bisherige Methode der niedersächsischen Armutsberichterstattung setzte als Schwellenwert für die Armut das Unterschreiten der 50 %-Grenze des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens fest. Analog galt als „reich“ ein Überschreiten des Schwellenwerts von 200 % des Pro-Kopf-Einkommens. Das alles war mit dem arithmetischen Mittel verkoppelt. Die Berichterstattung des Bundes spricht von „Armutsgefährdung“ ab der 60 %-Schwelle, verknüpft mit dem Median. Von „strenger Armut“ wird gesprochen, wenn die 40 %-Schwelle nicht erreicht wird. Rein wissenschaftlich ist keiner dieser Schwellenwerte zu begründen; letztlich liegen ihnen normative Entscheidungen zu Grunde. Das heißt natürlich nicht, dass die Festlegung dieser Werte beliebig ist.

Im folgenden Text wird die folgende Nomenklatur gebraucht:

- 40 % des Nettoäquivalenzeinkommens und weniger = strenge Armut
- 50 % des Nettoäquivalenzeinkommens und weniger = Armut
- 60 % des Nettoäquivalenzeinkommens und weniger = armutsgefährdet
- 200 % des Nettoäquivalenzeinkommens und mehr = reich

Alternative Referenzwerte für das Pro-Kopf-Einkommen-Nationalkonzept, Regionalkonzept und strenges Regionalkonzept: Für die Berechnung von Armuts- und Reichtumsquoten auf Länder- und Regionalebene muss man sich entscheiden, ob man für die Festlegung der Armutsgrenze den bundesweiten Median der Nettoäquivalenzeinkommen oder den *Median der jeweils betrachteten Region* zugrunde legt. Messen wir also z.B. die Armut in Niedersachsen auf Basis des deutschen (= Nationalkonzept) oder des niedersächsischen (= Regionalkonzept) Pro-Kopf-Einkommens? Dies ist, da es erhebliche regionale Einkommensdisparitäten gibt, durchaus keine akademische Frage. Für das Nationalkonzept sprechen in erster Linie die auf den ersten Blick problemlosere Vergleichbarkeit der Quoten und die einfachere Berechnungsmethode. Für das Regionalkonzept spricht, dass zum einen höhere Durchschnittseinkünfte oft konterkariert werden durch höhere Lebenshaltungskosten (1 000 Euro haben in Ostfriesland eine höhere Kaufkraft als in München, was vor allem an unterschiedlichen Grundstückskosten und Mieten liegt) und zum anderen, dass man sich im Lebensstandard und in der eigenen Selbstwahrnehmung (welche Stellung hat man im sozialen Gefüge?) an seinen Nachbarn im näheren Umfeld orientiert. Die Autoren tendieren insgesamt eher zum Regionalkonzept; es sind aber beide Blickwinkel legitim, und wir schlagen für die Zukunft vor, beide Verfahren anzuwenden. Bei den Berechnungen, die hier erstmals vorgelegt werden, konnte dies aus Zeitgründen nur bei einigen Eckdaten realisiert werden. *Im Zweifel sind alle Quoten nach dem Regionalkonzept berechnet.*

Bei der Regionaltabelle 10 wurde noch ein Schritt weiter gegangen. Wenn man das Regionalkonzept bis zu Ende denkt, muss man z. B. die Armutsgefährdungsquote des Landes Niedersachsen ermitteln, indem man im ersten Schritt die einzelnen regionalen Zahlen der armutsgefährdeten Menschen in den verschiedenen Landkreisen und Städten ermittelt auf Basis der jeweiligen regionalen (= Kreis-) Durchschnitte. Diese Zahlen werden im zweiten Schritt von Braunschweig bis Wittmund zum Landesergebnis aufaddiert. Diese absolute Zahl muss dann wieder zur Grundgesamtheit der Bevölkerung in Privathaushalten in Bezug gesetzt werden. Diese sehr aufwendige aber methodisch konsequente Methode nennen wir das „stren-

ge Regionalkonzept“. Sie führt übrigens dazu, dass sich die Armutsgefährdungsquote für das Land leicht um etwa 0,2 Prozentpunkte verringert.

Es ist wichtig, dass keine beliebige Vielzahl von Armutsquoten berechnet wird. Mathematisch wäre es gar kein Problem, für jede niedersächsische Region 36 Quoten zu berechnen (3 Schwellenwerte X 2 Durchschnittswerte X Regional-/Nationalkonzept X 3 Äquivalenzskalen). Das würde aber nur zur allgemeinen Verwirrung beitragen und wäre wenig hilfreich.

Lebenslagenorientierte Nachweisungen: Für das Land Niedersachsen insgesamt werden folgende Differenzierungen vorgenommen:

- Nationalität: Deutsche / Ausländer
- Haushalte: Haushaltgröße (1, 2, 3, 4, 5 und mehr Mitglieder)
- Familien: Struktur der Familien, mit dem besonderen Fokus auf Alleinerziehenden und kinderreichen Familien. Es handelt sich dabei stets um Nachweisungen für ledige Kinder, die im Haushalt der Eltern wohnen
- Alter: Da Kinderarmut im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit liegt, werden die Daten auch nach dem Alter untersucht, und zwar so, dass sie kompatibel sind mit entsprechenden Daten der Bundesagentur für Arbeit. Auch die Altersarmut wird so als mutmaßliches künftiges Problem im Blick bleiben
- Erwerbstätigkeit: Differenzierung nach Erwerbsstatus
- Bildung / Qualifikation: Der Bildungsstatus des Haupteinkommensbeziehers wird nach drei beruflichen Qualifikationsstufen (gering, mittel, hoch) differenziert.

Damit werden alle derzeit als Hauptursachen für Armut und prekäre Lebenslagen genannten Risikofaktoren (Erwerbslosigkeit, schlechte Qualifikation, prekäre Familienverhältnisse, Migration) statistisch durchleuchtet.

Regionale Ebene: Die Auswertungen beziehen sich im Zweifel auf Niedersachsen. Einige Eckwerte wurden zu Vergleichszwecken auch für Deutschland berechnet. Innerhalb Niedersachsens wurden für das Jahr 2007 Armuts- und Reichtumsquoten für „regionale Untergruppen“ des Mikrozensus sowie für Statistische Regionen (NUTS II-Ebene) berechnet. Die „regionalen Untergruppen“ sind in der Regel Landkreise bzw. kreisfreie Städte. Wenn diese aus stichprobentheoretischen Gründen zu klein sind für aussagefähige Daten, wurden sie zu einer „Untergruppe“ zusammengefasst. Andererseits konnten der Landkreis Göttingen und die Region Hannover differenziert in die jeweilige Großstadt und ihr Umland dargestellt werden.

Regionales Material aus weiteren Datenquellen: Die Regionalinformationen (Kreis- und NUTS II-Ebene) werden zusätzlich unterfüttert und gestützt durch eine Kreistabel-

le aus verschiedenen anderen Datenquellen. Dies ist, gerade bei regionalen Nachweisungen, unbedingt erforderlich, denn je tiefer die regionale Untergliederung ist, desto unsicherer und ungenauer werden die Informationen einer Armuts- und Reichtumsberechnung, die sich „nur“ auf eine einprozentige Stichprobe stützt. Die Methode kommt hier an ihre mathematische Grenze.

3. Landesergebnisse 2005 bis 2007

Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht weiter auseinander

Das Ausmaß der Armut hat von 2005 bis 2007 nicht zugenommen, sondern ist sogar leicht zurückgegangen (Tabelle 1). So nehmen alle drei ermittelten Armutsquoten von 2005 zu 2006 recht deutlich ab und bleiben 2007 stabil oder steigen nur marginal wieder an. Gleichzeitig nahm von 2005 bis 2007 auch die Quote der Reichen ab, so dass jedenfalls in diesem Zeitraum die „Mittelschicht“ eher gestärkt wurde. Damit ist ein langjähriger Trend gestoppt, der seit den achtziger Jahren der Bundesrepublik eine steigende Einkommensungleichheit beschert⁴⁾. Die positive Entwicklung zeigt zum einen, dass die im Berichtszeitraum günstig laufende Konjunktur von zentraler Bedeutung für das Armutsphänomen war, da dieses in Deutschland eng mit dem Problem der Arbeitslosigkeit verknüpft ist. Zum anderen wird aber auch deutlich, dass die Einführung der Hartz IV-Reformen 2005 keineswegs den befürchteten „sozialen Kahlschlag“ bewirkt hat. Eher das Gegenteil ist richtig.

Armutsgefährdungsquote von 14,6 %

Insgesamt waren 2007 in Niedersachsen 14,6 % der Bevölkerung armutsgefährdet, also etwa jeder siebte Einwohner. Knapp halb so viele (7,0 %) waren als reich einzustufen. Damit lag die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen etwas höher als der Durchschnitt in Deutschland: Bundesweit lag die Quote der Armutsgefährdeten bei 14,2 %, die der Reichen bei 7,7 %. Das Pro-Kopf-Einkommen lag in Niedersachsen bei 1 257 Euro und damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 1 276 Euro. Nimmt man als Referenzwert für die Armutsquote nicht den niedersächsischen, sondern den bundesdeutschen Median („Nationalkonzept“), so ergeben sich leicht höhere Armuts- und leicht niedrigere Reichtumsquoten (Tabelle 2).

Ausländer sind überdurchschnittlich von Armut betroffen

Im Folgenden wird ein tiefergehender Blick in verschiedene soziale Dimensionen der Armut versucht. Als erstes

4) Vgl. ebenda, S. 693f.

1. Relative Armut und relativer Reichtum in Niedersachsen, Bremen und Deutschland 2005 bis 2007

Jahr	Pro-Kopf-Einkommen € pro Monat	Armutquoten			Zahl der Armen			Reichtum: über 200 % des Pro-Kopf-Einkommens	
		Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %		
		des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			Prozent	Anzahl (1 000)
Niedersachsen									
2005	1 220	4,1	8,6	14,7	323,7	680,6	1 166	7,3	579,8
2006	1 227	3,4	8,0	14,5	272,6	629,4	1 148	7,2	569,6
2007	1 257	3,5	8,0	14,6	278,1	635,2	1 156	7,0	552,3
Deutschland									
2007	1 276	3,3	7,9	14,2	2 706,6	6 407,4	11 595,6	7,7	6 283,5

2. Relative Armut und relativer Reichtum in Niedersachsen 2007 nach Regional- und Nationalkonzept

Armutquoten			Zahl der Armen			Reichtum: über 200% des Pro-Kopf-Einkommens	
Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %		
des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			Prozent	Anzahl (1 000)
Prozent			Anzahl (1 000)				
Regionalkonzept (Pro-Kopf-Einkommen 1 257 €)							
3,5	8,0	14,6	278,1	635,2	1 156,2	7,0	552,3
Nationalkonzept (Pro-Kopf-Einkommen 1 276 €)							
3,8	8,4	15,3	281,3	624,7	1 138,6	6,6	491,5

3. Armutsquoten in Niedersachsen 2005 bis 2007 nach Staatsangehörigkeit

Jahr	Deutsche			Ausländer		
	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %
	des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens					
Prozent						
2005	3,3	7,2	12,7	14,7	26,9	42,0
2006	2,8	6,7	12,4	11,6	24,7	42,4
2007	2,9	6,8	12,8	12,1	24,4	39,6

4. Pro-Kopf-Einkommen, Armuts- und Reichtumsquoten in Niedersachsen 2005 bis 2007 nach Haushaltsgrößenklassen

Haushaltsgröße	Pro-Kopf-Einkommen			Armutsgefährdungsquote			Reichtumsquote		
	€			Prozent					
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
1-Personen-HH	1 109	1 119	1 135	23,3	21,7	24,2	5,3	5,2	5,2
2-Personen-HH	1 347	1 373	1 400	10,7	10,0	9,9	11,3	11,5	10,9
3-Personen-HH	1 298	1 280	1 329	11,7	12,5	11,5	7,2	7,1	6,6
4-Personen-HH	1 206	1 210	1 249	11,0	11,5	10,4	5,0	4,5	4,7
5- und mehr Personen-HH	937	980	985	25,6	25,0	26,3	3,0	3,0	2,8
insgesamt	1 220	1 227	1 257	14,7	14,5	14,6	7,3	7,2	7,0

5. Armutsquoten in Niedersachsen 2007 nach Familientypus ¹⁾

Familientypus	Armutsquoten		
	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutsgefährdet: unter 60 %
	des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens		
	Prozent		
Ehepaare			
ohne Kinder	1,6	3,9	7,7
mit 1 Kind	1,9	4,5	8,7
mit 2 Kindern	2,0	4,5	9,5
mit 3 und mehr Kindern	7,2	13,5	27,3
Lebenspartnerschaften			
ohne Kinder	1,6	3,6	6,2
mit 1 Kind	3,9	6,1	13,2
mit 2 Kindern	4,5	9,5	16,4
mit 3 und mehr Kindern	8,6	11,4	20,1
Alleinerziehende			
mit 1 Kind	8,5	16,3	27,2
mit 2 Kindern	8,6	18,3	31,3
mit 3 und mehr Kindern	15,1	31,4	46,3
Alleinstehende	7,9	16,5	24,6

1) Bei den angegebenen Daten handelt es sich um Näherungswerte. Kleinere Inkonsistenzen zwischen der haushaltsbezogenen Einkommensermittlung und der Familiendefinition des Mikrozensus mussten hingenommen werden.

6. Armut in Niedersachsen 2007 nach Altersklassen

Altersklasse von ... bis unter ... Jahre	Armutsquoten			Zahl der Armen		
	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutsgefährdet: unter 60 %	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutsgefährdet: unter 60 %
	des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens		
	Prozent			Anzahl (1 000)		
unter 10	4,3	10,3	20,3	31,7	76,1	150,4
10 bis 15	4,3	9,3	18,8	18,3	39,8	80,4
15 bis 20	5,1	10,4	19,4	23,1	47,5	88,5
20 bis 50	4,1	8,9	15,1	133,1	288,3	491,0
50 bis 65	2,4	5,9	10,5	34,8	86,4	152,7
65 und älter	2,4	6,2	12,3	37,1	97,1	193,2
insgesamt	3,5	8,0	14,6	278,1	635,2	1 156,2

7. Armut in Niedersachsen 2007 nach Erwerbsstatus des Haupteinkommensbeziehers

Erwerbsstatus des Haupteinkommens- beziehers	Armutsquoten			Zahl der Armen			Pro-Kopf- Einkommen
	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armuts- gefährdet: unter 60 %	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armuts- gefährdet: unter 60 %	
	des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			
	Prozent			Anzahl (1 000)			
Erwerbstätige	1,4	3,9	8,7	75,3	205,8	465,4	1 359
Erwerbslose/Arbeitsuchende	23,2	46,8	71,1	92,9	187,0	284,0	645
Nichterwerbspersonen	5,1	11,2	18,7	109,9	242,4	406,8	1 126
insgesamt	3,5	8,0	14,6	278,1	635,2	1 156,2	1 257

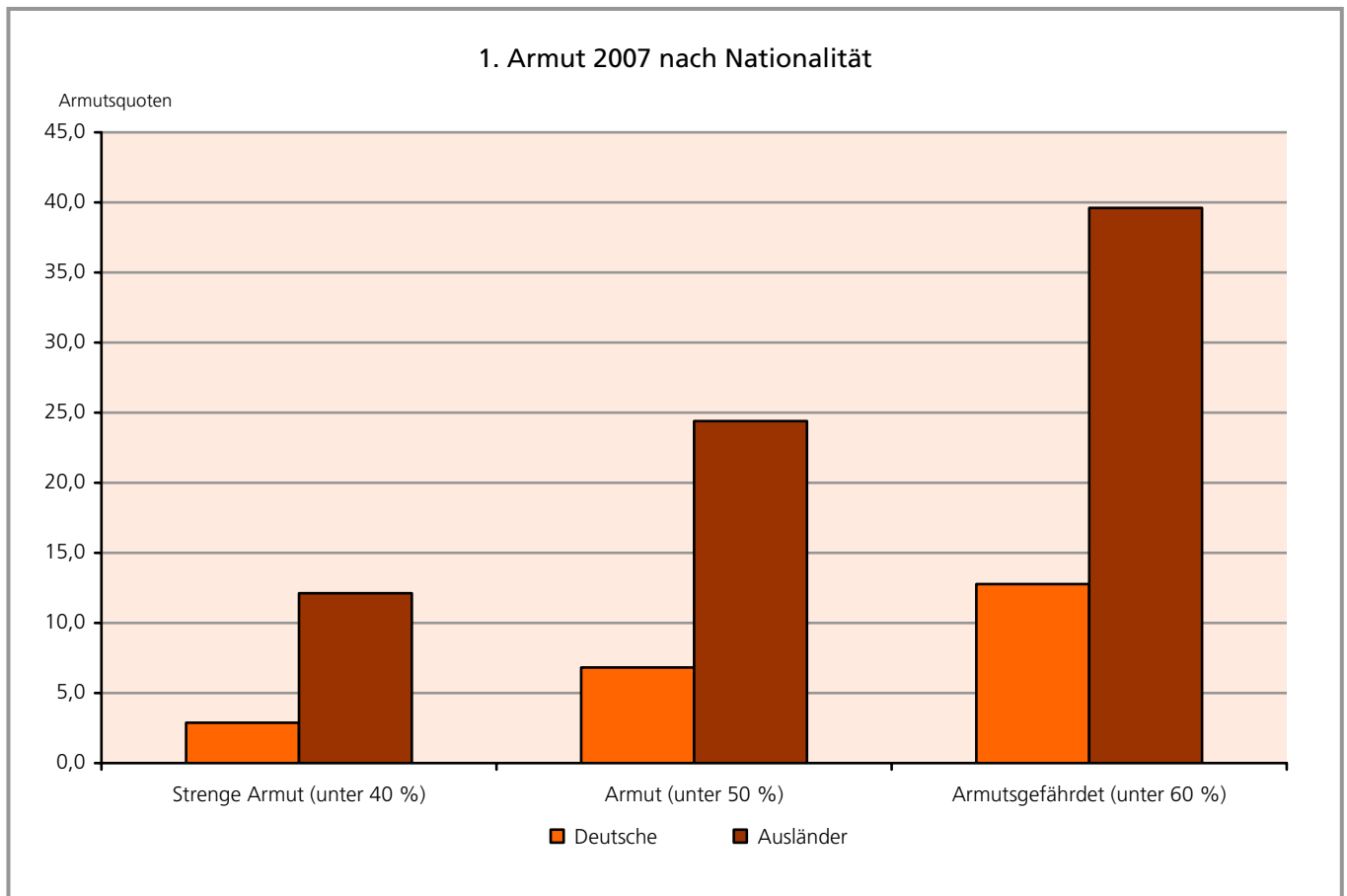
8. Armut in Niedersachsen 2007 nach beruflichem Qualifikationsgrad des Haupteinkommensbeziehers

Qualifikationsgrad des Haupteinkommensbeziehers	Armutquoten			Zahl der Armen			Pro-Kopf-Einkommen €
	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %	Strenge Armut: unter 40 %	Armut: unter 50 %	Armutgefährdet: unter 60 %	
	des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens			
	Prozent			Anzahl (1 000)			
Gering	9,0	19,5	33,0	129,2	279,9	473,2	885
Mittel	2,0	5,1	10,6	104,3	261,6	539,8	1 264
Hoch	0,8	2,1	3,8	10,0	25,7	45,9	1 922
Ohne Angabe; Haupteinkommensbezieher in Ausbildung	20,3	39,8	57,1	34,6	67,9	97,3	1 118
insgesamt	3,5	8,0	14,6	278,1	635,2	1 156,2	1 257

bietet sich die Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit an. Diese bringt einen deutlichen Unterschied zutage: Ausländer (im rechtlichen Sinne) sind überproportional stark von Armut betroffen. Knapp 40 % der ausländischen Mitbürger waren 2007 armutsgefährdet, 12,1 % lebten sogar in strenger Armut (Abb. 1, Tabelle 3). Dagegen betrug die erste Quote für die deutsche Bevölkerung 12,8 %, also weniger als ein Drittel derjenigen für die Ausländer, der Anteil der in strenger Armut lebenden gerade einmal 2,9 %.

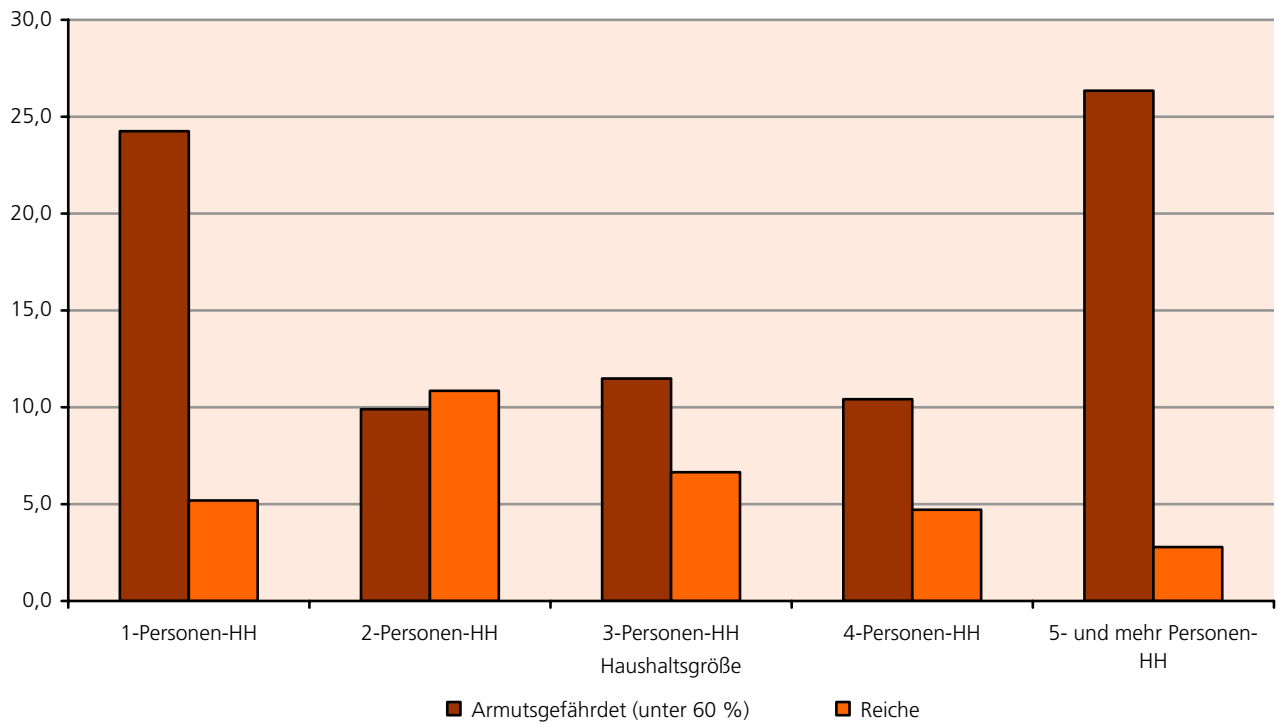
Armutgefährdungsquote von 26 % bei großen Haushalten – hohe Reichenquote bei Zweipersonenhaushalten

Zwischen Einkommen und Haushaltsgröße gibt es klare Zusammenhänge: Überdurchschnittlich armutsgefährdet sind vor allem große Haushalte (Abbildung 2 bzw. Tab. 4). In solchen mit 5 Mitgliedern und mehr ist etwa jedes vierte Individuum von Armut gefährdet, nur 2,8 % werden dagegen zu den Reichen gezählt. Bei Bewohnern von Haus-



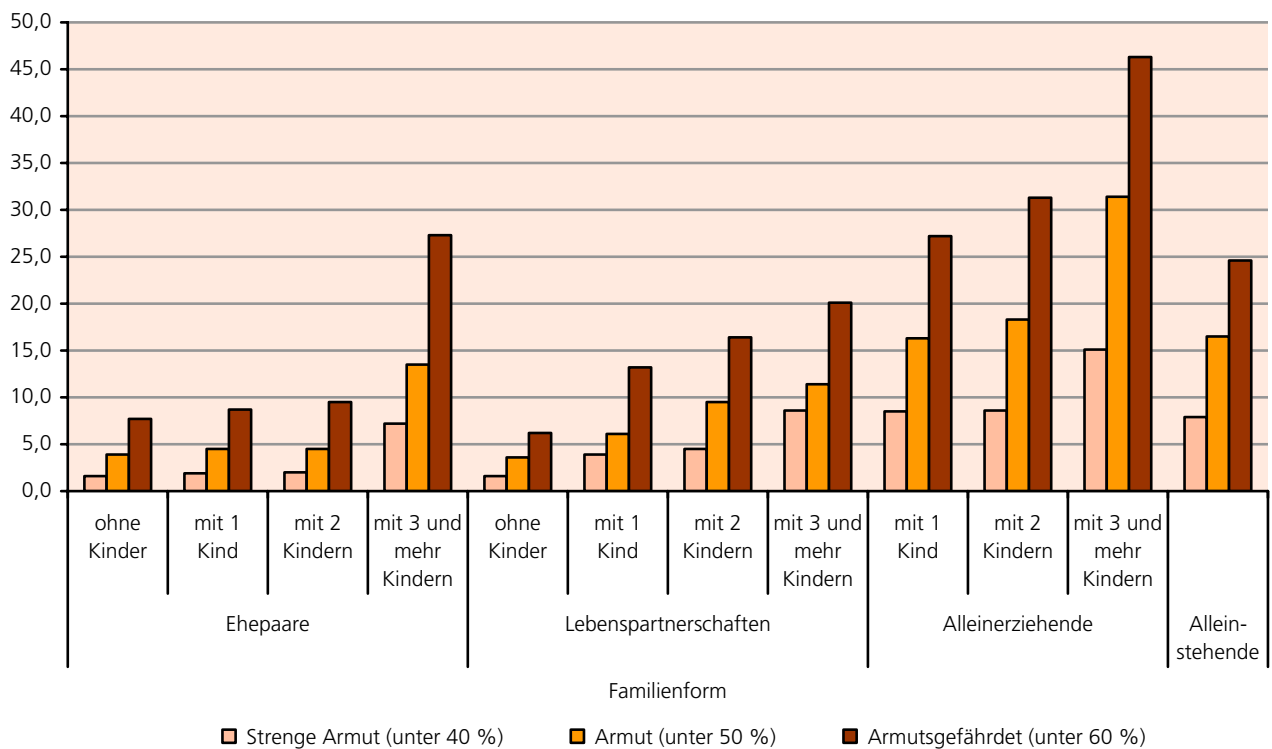
2. Armut 2007 nach Haushaltsgröße

Armut- bzw.
Reichtumsquote



3. Armut 2007 nach Familienform

Armutquoten



halten mit nur zwei Mitgliedern übersteigt dagegen die Quote der Reichen (10,9 %) die der armutsgefährdeten (9,9 %). Darunter dürften sich viele Doppelverdienerhaushalte befinden, die bekannten „double-income-no-kids“. Auffällig ist darüber hinaus die überdurchschnittliche Armutsquote bei Einpersonenhaushalten. Diese lässt sich zumindest partiell durch den hohen Anteil an Studenten und alleinlebenden Rentnern erklären.

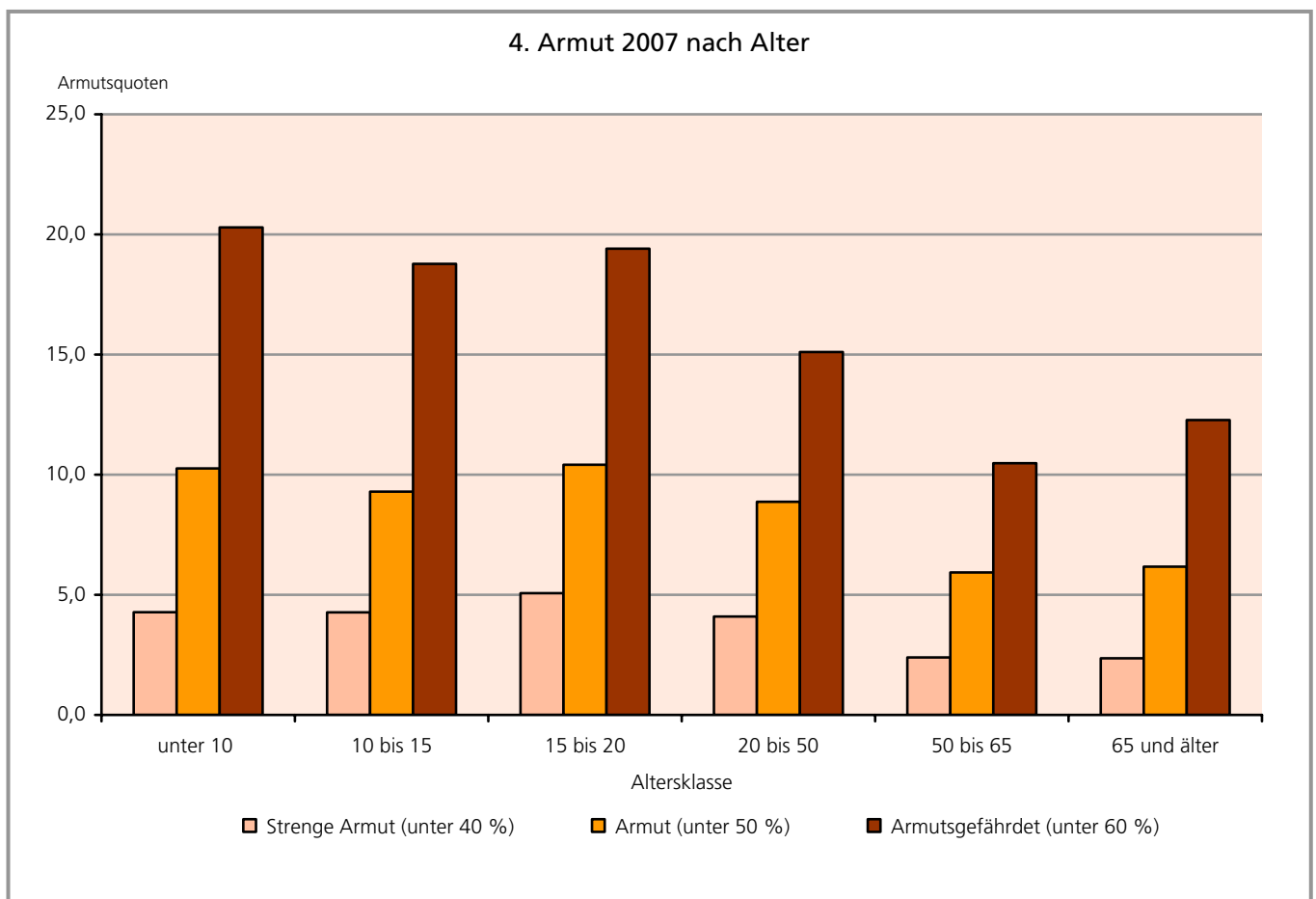
quoten unterdurchschnittlich sind, steigen sie bei Überschreiten der „Zwei-Kinder-Grenze“ sprunghaft an, so dass über ein Viertel der Mitglieder von Familien mit drei oder mehr Kindern armutsgefährdet ist. Eine mögliche Erklärung könnte darin bestehen, dass mit mehr als zwei Kindern ein Elternteil (i.d.R. die Mutter) aus der Erwerbstätigkeit ausscheidet und somit der Familie nur noch ein Einkommen zur Verfügung steht.

Problematische Lage bei Alleinerziehenden und großen Familien

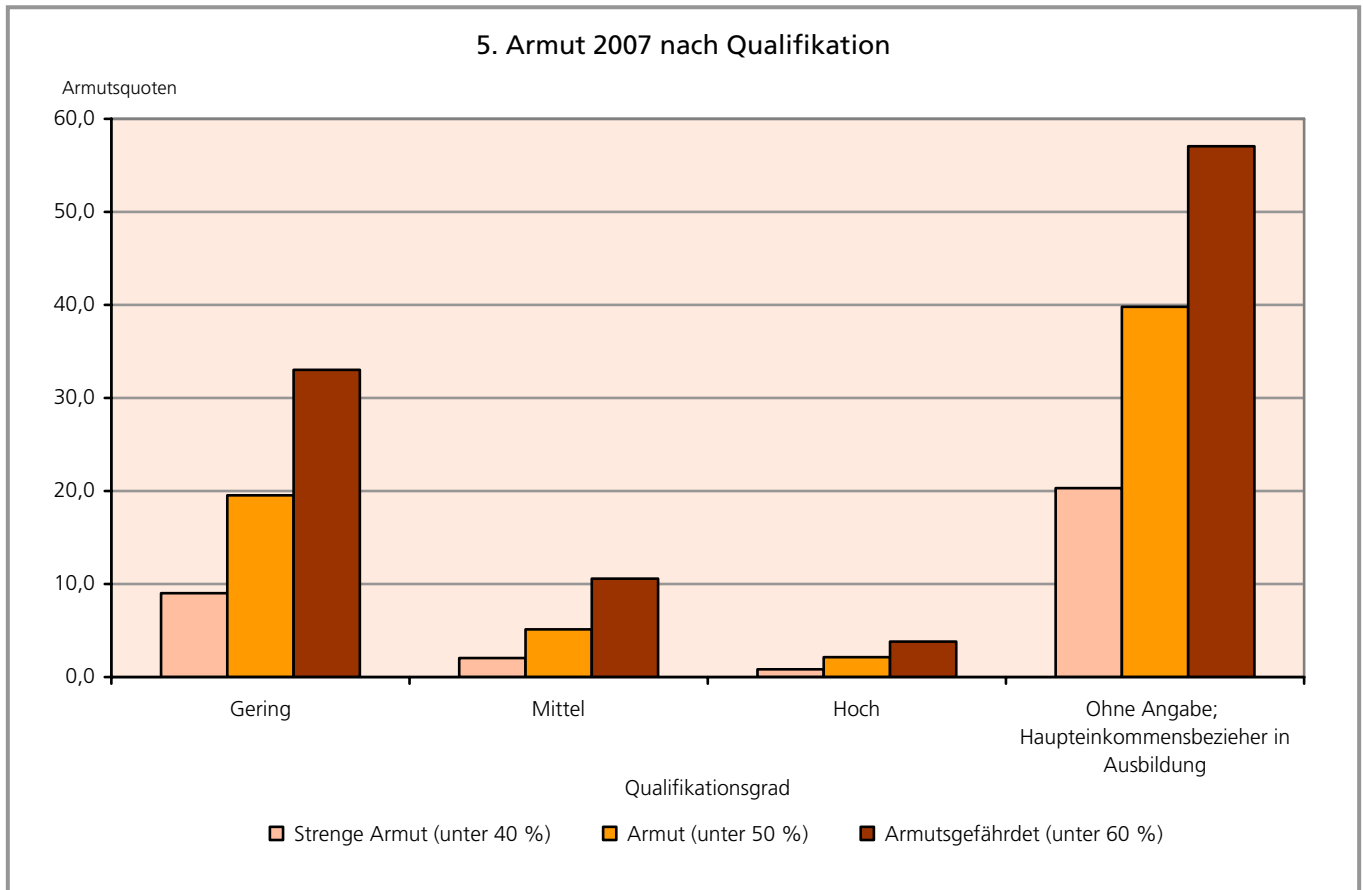
Die weitergehende Unterscheidung nach Familientypus zeigt: Die Armutsquoten steigen mit der Kinderzahl (Abbildung 3 bzw. Tab. 5). Das betrifft sowohl verheiratete als auch unverheiratete Paare. Am problematischsten ist die Situation bei Alleinerziehenden, bei denen schon mit einem Kind über ein Viertel der Familien armutsgefährdet ist, mit drei oder mehr Kindern fast die Hälfte. Von diesen Familien sind 15 % sogar von strenger Armut betroffen. Bei den verheirateten Paaren fällt zudem ein beachtlicher Sprung zwischen denen mit zwei und solchen mit drei oder mehr Kindern auf: Während bei ersteren alle Armuts-

Höchste Armutsquoten bei Kindern und Jugendlichen, höchste Reichtumsquote bei den 50 bis 65-Jährigen

Die Gefahr der Kinderarmut wird durch die Analyse der Armutsquoten nach Alter bestätigt. Zumindest die Quote der Armutsgefährdeten ist für Menschen unter 20 mit Abstand am höchsten, hier ist ca. jeder fünfte betroffen. Das beste Alter, finanziell betrachtet, ist die Spanne zwischen 50 und 65 Jahren, die mit weit unterdurchschnittlichen Armutsquoten besticht (Abbildung 4 bzw. Tab. 6). Im Rentenalter nimmt das Armutsproblem wieder zu, bleibt aber mit 12,3 % immer noch unterdurchschnittlich, so dass derzeit noch nicht von einer verbreiteten Altersarmut gesprochen werden kann.



5. Armut 2007 nach Qualifikation



Arbeit und Qualifikation schützen vor Armut

Wenig überraschend ist der Befund, dass insbesondere Erwerbslose und Arbeitssuchende von Armut betroffen sind (Tabelle 7). Während von ihnen über 70 % armutsgefährdet sind und fast ein Viertel sogar in strenger Armut lebt, weisen Erwerbstätige weit unterdurchschnittliche Armutsquoten auf. Das Phänomen der „working poor“ hat derzeit – zumindest nach Transferzahlungen („Aufstocker“) – kein durchschlagendes Ausmaß. Nichterwerbspersonen sind dagegen überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Erwerbstätigkeit ist ein entscheidender Schlüssel zur Armutsbekämpfung.

Die Vermutung, dass vor allem niedrig Qualifizierte von Armut betroffen sind, wird von den Daten eindrucksvoll bestätigt (Abbildung 5 bzw. Tab. 8). In Niedersachsen waren 2007 von den Hochqualifizierten (also mit akademischem Abschluss) gerade einmal 3,8 % armutsgefährdet, und unter strenger Armut mussten von diesen weniger als 1 % leben. Diese Quoten vervielfachten sich bei den Menschen ohne Ausbildung: Hier waren 33 % armutsgefährdet und 9 % lebten in strenger Armut. Bemerkenswert ist: Bereits eine mittlere Qualifikation, also z. B. ein Lehrberuf, reicht aus, um das Armutsrisiko deutlich zu senken (10,6 % statt 14,6 % unter der 60 %-Schwelle).

4. Die regionale Dimension von Armut 2007

Mit Hilfe von sechs Karten wird im folgenden Abschnitt 4.1 der Versuch unternommen, sich der regionalen Dimension von Armut im Jahr 2007 anhand der Ergebnisse verschiedener Statistiken zu nähern. Diese Daten entstammen nicht der Berechnung von Armuts- und Reichtumsquoten auf Basis des Mikrozensus, sondern basieren auf anderen Datenquellen über Einkommens- und Sozialstrukturen.

Karte 1 befasst sich mit der Einnahmesituation während Karte 2 diejenigen in den Blick nimmt, bei denen die Einnahmen von den Ausgaben übertroffen werden, kurz: überschuldete Einwohner. Ein Weg aus der Überschuldung kann eine sogenannte Verbraucherinsolvenz sein. Die Häufigkeit der Anwendung dieses Rechtsinstituts ist in Karte 3 dargestellt. Mittels Karte 4 wird die Arbeitslosenquote abgebildet, weil Arbeitslosigkeit eine zentrale Armutsursache ist. Sowohl Karte 5 als auch Karte 6 zeigen die bekämpfte Armut, einmal generell und einmal mit dem Fokus auf unter 15-Jährige. Mit der bekämpften Armut ist aber nichts über die tatsächlich vorhandene Armut und den Erfolg, mit dem Armut bekämpft wird, ausgesagt. Grundsätzlich kann man aber annehmen, dass Unterstützungsbedarf und Anteile der Leistungsempfänger miteinander korrespondieren. Alle sechs Karten un-

tergliedern die Untersuchungsregionen in fünf Größenklassen, wobei die Farbgebung einheitlich von dunkelblau (sehr niedrige, also günstige Werte) über hellblau, grün, hellrot bis zu dunkelrot (sehr hohe, also ungünstige Werte) gewählt wurde und der Landesdurchschnitt jeweils in der mittleren Größenklasse liegt. Die kartierten Merkmale können der Tabelle 9 entnommen werden. Diese enthält nachrichtlich auch aktuelle Werte der Arbeitsmarktstatistik (Arbeitslose, SGB II-Empfänger) für das Jahr 2008, damit neueste Entwicklungen auf Regionalebene erkennbar sind. Die Kommentierung bezieht sich aber auf das Jahr 2007, um ein konsistentes Bild erzeugen zu können.

Im Abschnitt 4.2 folgen die Karten 7 und 8 sowie die Tabelle 10 mit regionalen Ergebnissen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf Basis des Mikrozensus. Hier werden erstmals für Landkreise und kreisfreie Städte Daten über die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, die Armuts-, Armutsgefährdungs- und Reichtumsquoten im Jahr 2007 publiziert. Aus stichprobentheoretischen Gründen mussten dabei wie oben gesagt einige kleinere Regionen zusammengefasst werden; aus denselben Gründen war es nicht vertretbar, sämtliche auf Regionalebene berechneten Quoten für Armut und Reichtum zu publizieren. Die Angaben wurden, wie im Mikrozensus üblich, entweder bei zu hohem Stichprobenfehler ganz unterdrückt (das Symbol dafür ist ein „/“) oder, wenn der Ausgabewert einer Zahl eingeschränkt ist, in Klammern gesetzt.

4.1 Kreisdaten aus verschiedenen Datenquellen

Verfügbares Einkommen

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird berechnet, indem dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Die leicht unterdurchschnittliche, hellblaue und die durchschnittliche, grün gefärbte Größenklasse mit einem verfügbaren Einkommen von 16 000 Euro bis unter 17 000 Euro bzw. von 17 000 Euro bis unter 18 000 Euro sind am stärksten besetzt und dominieren demzufolge in der Darstellung. Überdurchschnittliche Einkommen von 18 000 Euro bis unter 19 000 Euro und 19 000 und mehr werden fast ausnahmslos von Einwohnern der Großstädte und ihrem Umland verdient: Zu nennen sind hier Bremen

und seine Umlandkreise Verden, Osterholz und Diepholz, die Landkreise Harburg (21 790 Euro) und Stade aus dem Hamburger Umland, die Region Hannover und – daran angrenzend – der Landkreis Celle. Der eher zentrenferne Landkreis Vechta bildet hier eine Ausnahme. Hinzu kommen als „Inseln“ der zweithöchsten Kategorie inmitten durchschnittlicher oder sogar unterdurchschnittlicher Gebiete die Städte Braunschweig, Wolfsburg und Osnabrück. Die dunkelblau eingefärbten Gebiete mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 16 000 Euro, also klar unterdurchschnittlichen Werten, konzentrieren sich an der Grenze zu Holland und in Ostfriesland. Hier findet sich mit Aurich auch das Gebiet mit dem geringsten verfügbaren Einkommen in Niedersachsen (15 181 Euro). Im Osten des Landes ragt allein die Stadt Salzgitter mit ähnlich geringen Werten heraus.

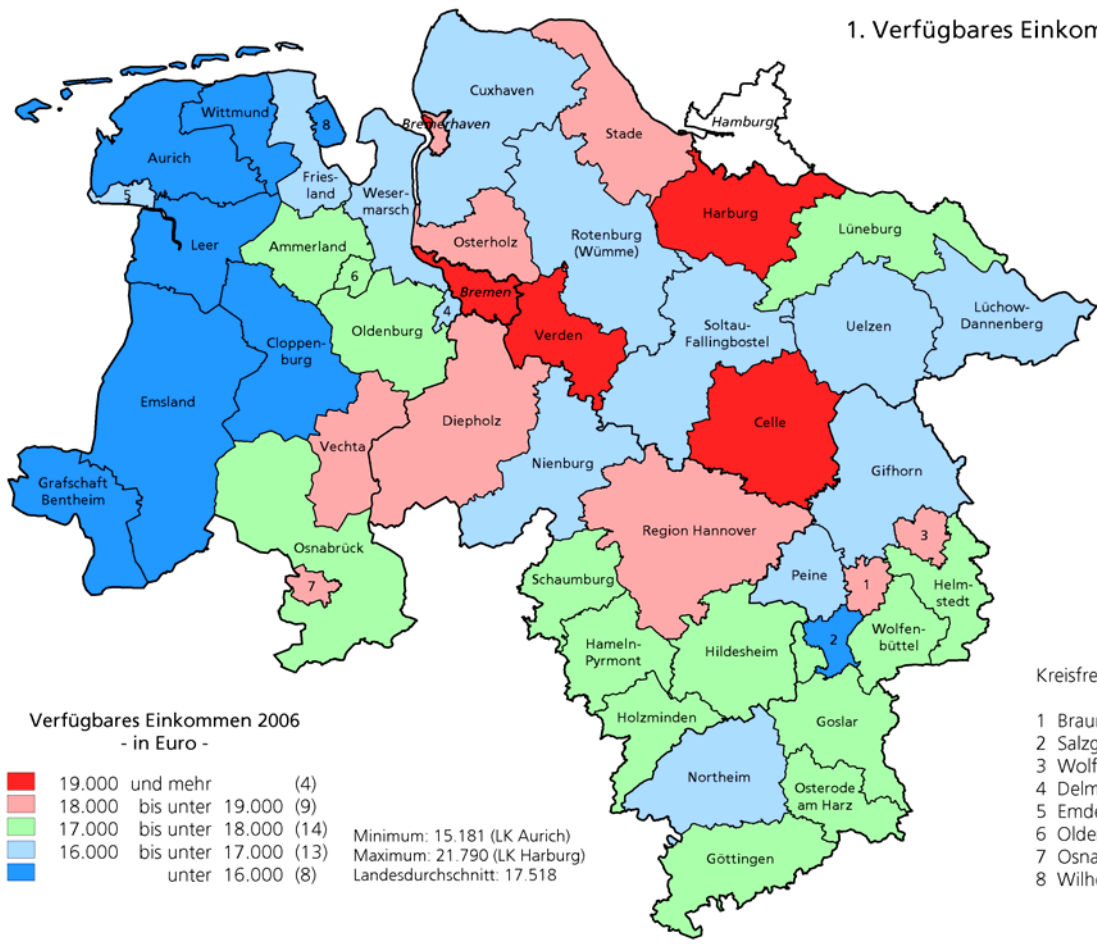
Überschuldung

Der „Schuldneratlas Deutschland“ von Creditreform⁵⁾ untersucht, wie sich die Überschuldung privater Verbraucher innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt nach Creditreform dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden monatlichen Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Die Schuldnerquoten beziehen sich dabei auf Personen über 18 Jahren. Gebiete mit vergleichsweise niedrigen Schuldnerquoten von weniger als 10 % liegen vor allem im Westen des Landes. Von dort ziehen sich hellblau gefärbte Gebiete, also solche der zweithöchsten Kategorie, in einem breiten Band in Richtung Nordosten über Bremen bis Hamburg. In deren Umland weisen die Landkreise Osterholz (9,98 %) und Harburg (8,76 %) ebenfalls relativ geringe Werte auf. Im Osten bzw. Südosten des Landes ragt allein die Stadt Wolfsburg mit 9,5 % heraus. Im bundesweiten Vergleich sind diese blauen Gebiete allerdings nur in einer mittleren Kategorie angesiedelt. Daher können auch die für die Kategorie Stadt im Lande herausragenden positiven Werte für Wolfsburg und Osnabrück (10,71 %) nicht ernsthaft als Gegenbeweise für den Befund von Creditreform, wonach die Schuldnerquoten in Kernstädten und Ballungsräumen höhere Werte aufweisen als in ländlichen Regionen, herangezogen werden. Gebiete mit relativ hohen Anteilen überschuldeter Personen von 12 % bis unter 13 % sowie 13 % und mehr treten hellrot bzw. dunkelrot deutlich hervor. Die anhand des Zahlenmaterials von Creditreform ermittelten Schuldneranteile stehen in einem engen Zusammenhang mit dem SGB II-Empfängeranteil⁶⁾: Bremen (14,53 %), Bremerhaven (20,11 %),

5) Quelle: Creditreform, Neuss; der Atlas ist mit weiteren Informationen unter <http://www.creditreform.de> abrufbar.

6) Der Korrelationskoeffizient r beträgt in diesem Fall 0,90.

1. Verfügbares Einkommen 2006



Verfügbares Einkommen 2006
- in Euro -

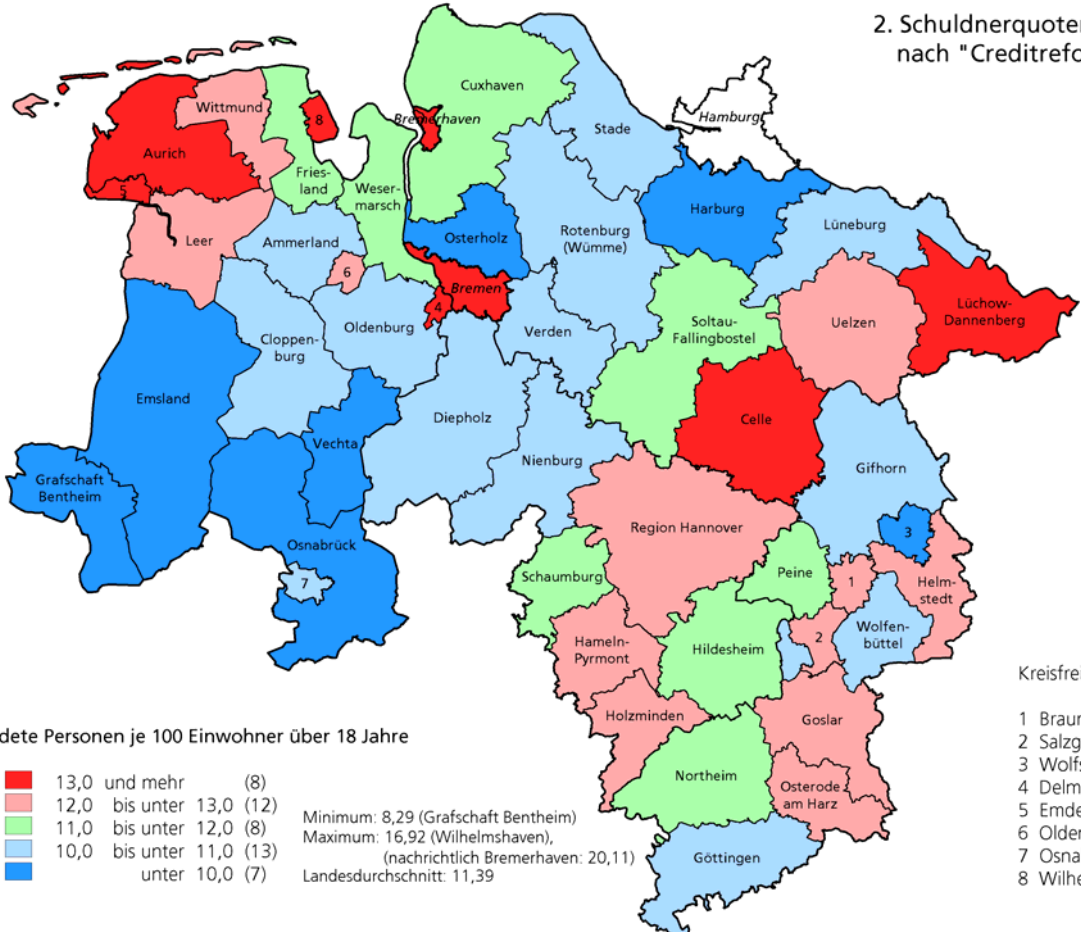
19.000 und mehr	(4)
18.000 bis unter 19.000	(9)
17.000 bis unter 18.000	(14)
16.000 bis unter 17.000	(13)
unter 16.000	(8)

Minimum: 15.181 (LK Aurich)
Maximum: 21.790 (LK Harburg)
Landesdurchschnitt: 17.518

Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

2. Schuldnerquoten 2007 nach "Creditreform"



Überschuldete Personen je 100 Einwohner über 18 Jahre

13,0 und mehr	(8)
12,0 bis unter 13,0	(12)
11,0 bis unter 12,0	(8)
10,0 bis unter 11,0	(13)
unter 10,0	(7)

Minimum: 8,29 (Grafschaft Bentheim)
Maximum: 16,92 (Wilhelmshaven),
(nachrichtlich Bremerhaven: 20,11)
Landesdurchschnitt: 11,39

Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

Emden (14,59 %), Delmenhorst (16,52 %), und Wilhelmshaven (16,92 %) sind die Städte mit dem höchsten Anteil überschuldeter Einwohner und haben auch weit überdurchschnittliche Anteile von SGB II-Empfängern. Zusätzlich zu den genannten Städten weisen auch die Landkreise Lüchow-Dannenberg (13,16 %), Celle (13,07 %) und Aurich (13,15 %) deutlich überdurchschnittliche Anteile auf.

Verbraucherinsolvenzen

Karte 3 zeigt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner im Jahr 2007. Es handelt sich um die aktuellsten vorliegenden Jahresdaten. In Niedersachsen waren im Durchschnitt 17,1 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner zu verzeichnen. Die Spanne reicht dabei von 5,2 (Landkreis Harburg) bis 37,2 (Stadt Salzgitter). Daten über Verbraucherinsolvenzen sind relativ neu, wie überhaupt das entsprechende Rechtsinstitut. Dieses Instrument wird offensichtlich regional immer noch sehr unterschiedlich gehandhabt: Gemessen am Anteil überschuldeter Personen überraschen in Emden, Aurich und Lüchow-Dannenberg die klar unterdurchschnittlichen Zahlen der Verbraucherinsolvenzen. In den anderen Kreisen und kreisfreien Städten wird das Instrument offenbar sehr konsequent angewandt bzw. es werden die betroffenen Personkreise entsprechend beraten. So liegen die Landkreise Wolfsburg, Osterholz, Emsland, Vechta und Osnabrück mit niedrigen Zahlen überschuldeter Einwohner in der Spitzenkategorie von unter 10 % und befinden sich hinsichtlich der Verbraucherinsolvenzen in der hellblau gefärbten Größenklasse mit den zweitniedrigsten Werten. Damit liegen sie bei den Verbraucherinsolvenzen eine Kategorie höher als man es aufgrund der Überschuldung erwarten sollte. Auf einem anderen Niveau findet sich eine derartige Stufung auch in den Landkreisen Göttingen, Hildesheim, Wolfenbüttel, Verden, Rotenburg (Wümme), Stade und der Stadt Osnabrück. Die unterschiedliche Anwendung könnte auch die Ursache dafür sein, dass die Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner mit dem Anteil der SGB II-Empfänger und dem Anteil überschuldeter Einwohner etwas schwächer korrelieren als SGB-II-Empfänger und überschuldete Personen miteinander ($r=0,9$). Dennoch ergeben sich mit $r=0,7$ und $r=0,67$ sehr klare Zusammenhänge von Verbraucherinsolvenzen zu den beiden anderen Zahlenreihen.

Arbeitslosigkeit

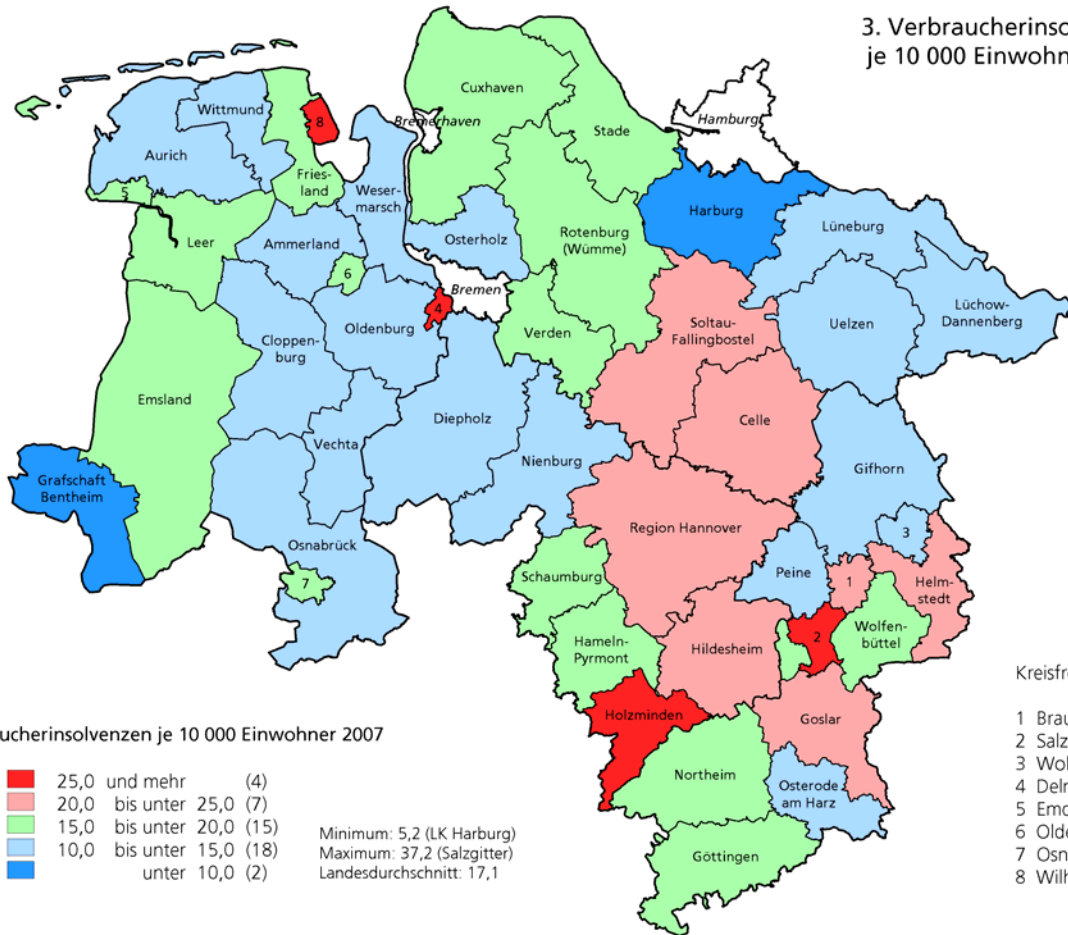
Arbeitslosigkeit kann eine zentrale Ursache bzw. ein Auslöser von Armut sein, wenn diese längerfristig anhält, weil damit eine zum Teil deutliche Verschlechterung der Einnahmesituation einhergeht. Karte 4 zeigt die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2007. Gebiete mit niedrigen Werten finden sich vor allem im Westen des Landes

und ziehen sich von dort in Richtung Nordosten bis vor die Tore Hamburgs. Mit Ausnahme der Städte Osnabrück und Wolfsburg weisen alle kreisfreien Städte des Landes Arbeitslosenquoten von 10,5 % und mehr auf und liegen damit in der höchsten Größenklasse. Dieser Befund für die Städte Niedersachsens trifft auch auf Bremen und Bremerhaven zu. Dass die Städte – wie bereits dargestellt – vielfach auch beim verfügbaren Einkommen in den beiden höchsten Größenklassen, also solchen mit überdurchschnittlichem Einkommen liegen, zeigt, dass es sich um äußerst dichotome Gebilde handelt. Weite Teile Ostfrieslands, der Heide, vor allem aber des Berg- und Hügellandes weisen größtenteils schon seit Jahren überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten auf. So dominieren in der Karte neben den Blau- vor allem die Rottöne. Die Gebiete der grünen Größenklasse, die sich am Landesdurchschnitt orientiert, fallen daher besonders dadurch auf, dass sie zum einen inmitten roter Gebiete liegen, hier also zwischen benachbarten Kreisen eine ganze Klasse übersprungen wird, und zum anderen diese Gebiete in zwei Bereichen des Landes unmittelbar aneinander angrenzen: an der Küste die Landkreise Friesland, Wesermarsch und Cuxhaven sowie im Südosten die Landkreise Northeim, Hildesheim, Peine, Gifhorn und die Stadt Wolfsburg. Grundsätzlich sind aber 15 Regionaleinheiten unterhalb und 23 oberhalb der Durchschnittskategorie, die nur 10 Gebietseinheiten umfasst.

Empfänger von SGB II-Leistungen

In Karte 5 sind die Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV-Empfänger“) je 100 Einwohner im Juni 2007 dargestellt. Der niedersächsische Landesdurchschnitt beträgt 8,8 % und bestimmt damit die mittlere Größenklasse. Niedrige SGB II-Empfängeranteile von weniger als 7,5 % weisen zum einen die zwischen Hamburg und Bremen gelegenen Landkreise Harburg (5,6 %), Rotenburg (Wümme) (6,75 %) und Osterholz (5,8 %) auf. Zum anderen fallen mit dem Landkreis Diepholz auch das südliche Bremer Umland und weite Gebiete im Westen des Landes positiv mit niedrigen Anteilen auf: Mit Ausnahme der Städte Oldenburg und Osnabrück ist der gesamte Westen dunkelblau dargestellt, weist also Anteile von 7,5 % oder weniger auf. Einzig Aurich und Wesermarsch, die eher dem Bereich Küste zuzuordnen sind, gehören zu den Gebietseinheiten mit leicht überdurchschnittlichen Anteilen von Hartz IV-Empfängern. Die Küste, die Heide und der Süden und Südwesten Niedersachsens weisen überwiegend durchschnittliche, teilweise auch vergleichsweise niedrige Werte auf. Überdurchschnittliche Werte sind vor allem im altindustrialisierten und politischen Zentrum des Landes (Hameln-Pyrmont: 10,6 %, Braunschweig: 10,9 %, Salzgitter: 12,15 %, Goslar: 10,1 %, Region Hannover: 10,7 %) sowie im Landkreis Lüchow-Dannenberg (11,1 %) und schließlich den Städten Emden (12,45 %) und Oldenburg

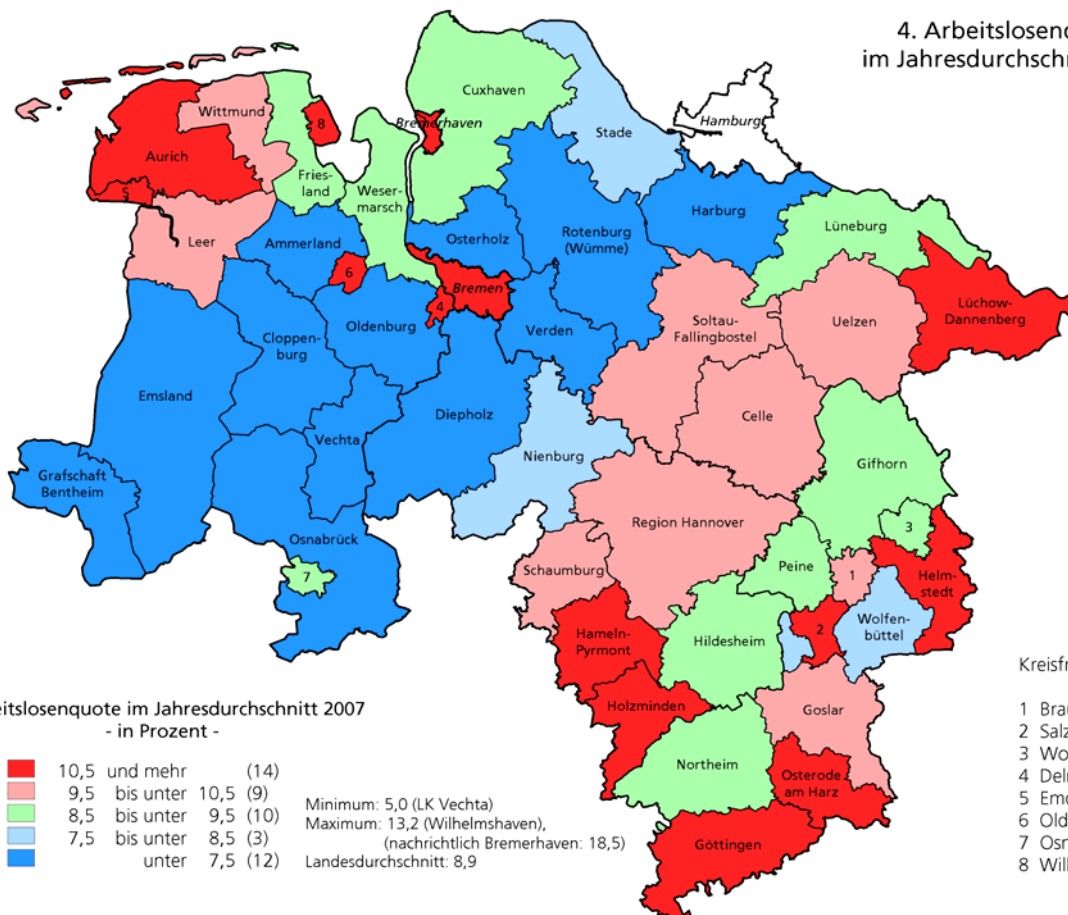
3. Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner 2007



Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

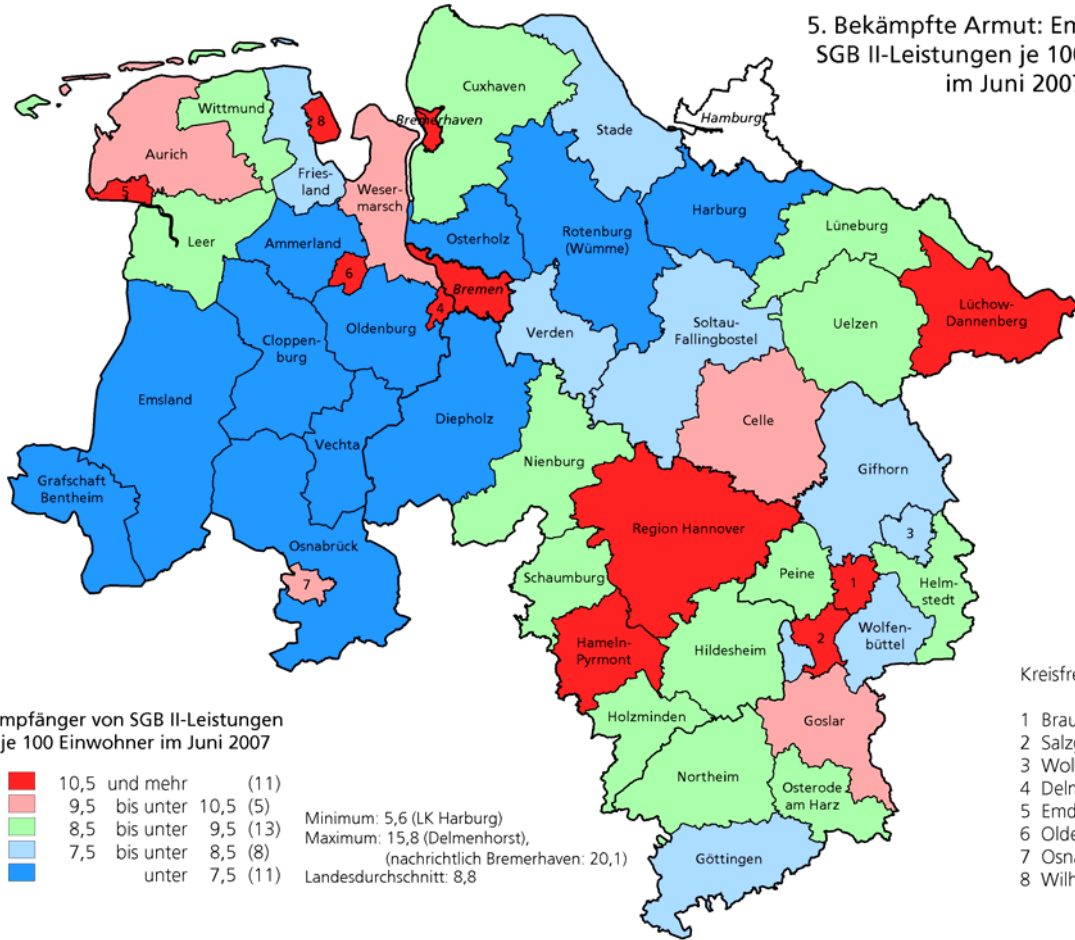
4. Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2007



Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

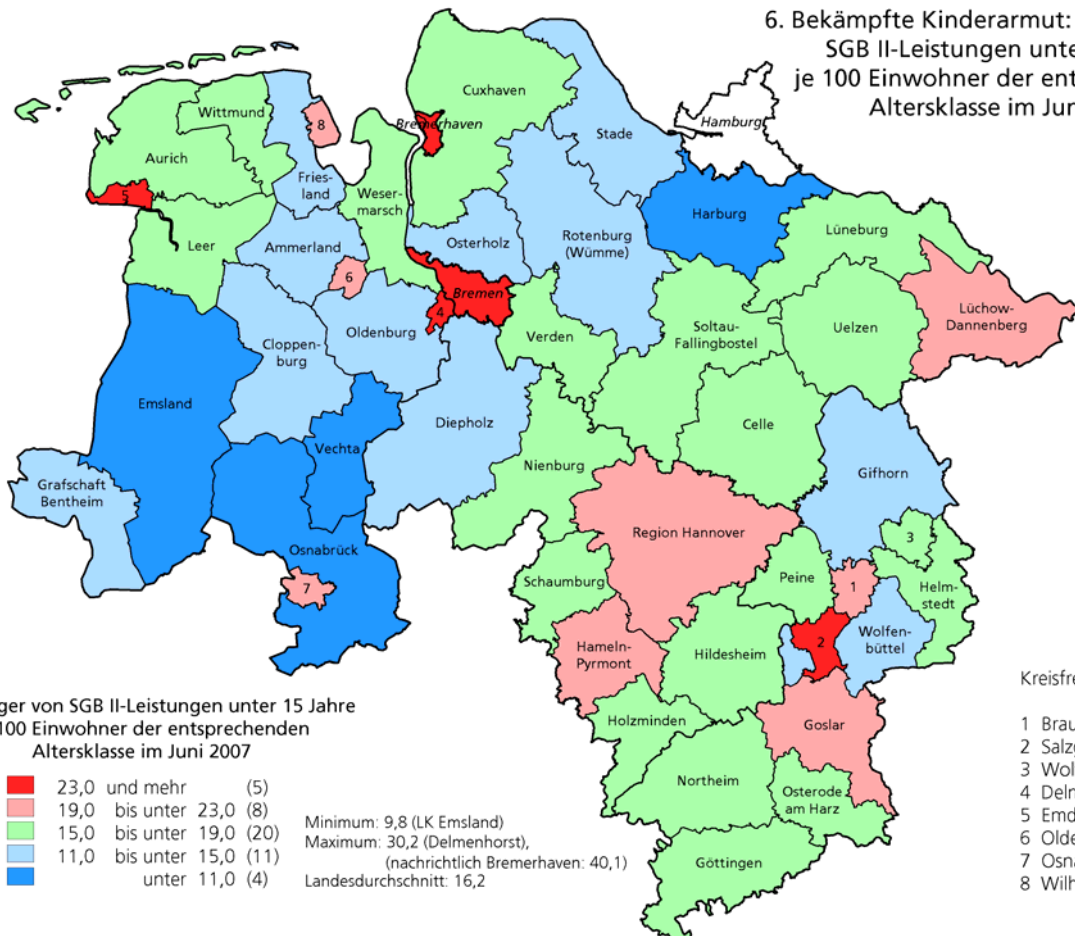
5. Bekämpfte Armut: Empfänger von SGB II-Leistungen je 100 Einwohner im Juni 2007



Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

6. Bekämpfte Kinderarmut: Empfänger von SGB II-Leistungen unter 15 Jahre je 100 Einwohner der entsprechenden Altersklasse im Juni 2007



Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

9. Verschiedene Armutsindikatoren für kreisfreie Städte und Landkreise 2007

Landkreis Kreisfreie Stadt Statistische Region Land	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Verbraucherinsolvenzen				Schuldnerquote ¹⁾	
		2006	2006	2007	2006	2007	2006
	Euro pro Einwohner	Anzahl		je 10 000 Einwohner ³⁾			
Braunschweig, Stadt	18 153	528	536	21,5	21,9	12,39	12,44
Salzgitter, Stadt	15 913	201	395	18,7	37,2	12,02	12,22
Wolfsburg, Stadt	18 228	207	172	17,1	14,3	9,45	9,47
Gifhorn	16 743	212	249	12,1	14,2	10,15	10,08
Göttingen	17 032	429	402	16,4	15,4	10,05	10,08
Goslar	17 487	192	317	12,7	21,3	12,22	12,67
Helmstedt	17 561	218	231	22,4	23,9	12,03	12,08
Northeim	16 878	253	280	17,3	19,3	11,71	11,89
Osterode am Harz	17 532	150	111	18,4	13,8	11,93	12,06
Peine	16 731	211	183	15,7	13,7	11,05	11,14
Wolfenbüttel	17 132	190	235	15,1	18,8	10,42	10,36
Statistische Region Braunschweig	17 250	2 791	3 111	17,0	19,0	.	.
Region Hannover	18 500	2 123	2 293	18,8	20,3	12,33	12,73
dav. Hannover, Landeshauptstadt	17 978	1 123	1 128	21,8	21,9	.	.
dav. Hannover, Umland	18 940	1 000	1 165	16,3	19,0	.	.
Diepholz	18 321	209	218	9,6	10,0	10,13	10,39
HamelN-Pyrmont	17 086	211	246	13,2	15,5	12,53	12,40
Hildesheim	17 245	716	706	24,7	24,4	11,47	11,56
Holzminen	17 007	209	198	27,0	25,9	12,67	12,72
Nienburg (Weser)	16 477	102	168	8,0	13,2	10,57	10,99
Schaumburg	17 801	236	323	14,3	19,6	11,78	11,94
Statistische Region Hannover	17 985	3 806	4 152	17,6	19,2	.	.
Celle	20 091	488	384	26,8	21,2	13,10	13,07
Cuxhaven	16 807	308	308	15,0	15,1	11,30	11,11
Harburg	21 790	150	127	6,2	5,2	8,74	8,76
Lüchow-Dannenberg	16 174	43	51	8,4	10,1	13,50	13,16
Lüneburg	17 043	219	253	12,5	14,4	10,67	10,80
Osterholz	18 380	162	164	14,4	14,6	9,70	9,98
Rotenburg (Wümme)	16 939	192	277	11,7	16,8	10,33	10,59
Soltau-Fallingbostel	16 695	227	312	15,9	22,0	11,74	11,99
Stade	18 601	264	304	13,4	15,4	10,23	10,25
Uelzen	16 587	89	116	9,2	12,1	11,79	12,07
Verden	19 587	133	221	9,9	16,5	9,89	10,21
Statistische Region Lüneburg	18 393	2 275	2 517	13,4	14,8	.	.
Delmenhorst, Stadt	16 923	339	276	44,8	36,7	16,24	16,52
Emden, Stadt	16 695	71	97	13,7	18,8	14,62	14,59
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	17 586	310	311	19,5	19,5	12,77	12,84
Osnabrück, Stadt	18 276	247	258	15,1	15,9	10,34	10,71
Wilhelmshaven, Stadt	15 946	291	259	35,0	31,4	16,81	16,92
Ammerland	17 853	152	132	13,1	11,3	10,64	10,61
Aurich	15 181	217	282	11,4	14,8	12,99	13,15
Cloppenburg	15 744	186	209	11,9	13,3	10,71	10,77
Emsland	15 606	353	469	11,3	15,0	9,37	9,40
Friesland	16 147	218	196	21,5	19,4	11,48	11,50
Grafschaft Bentheim	15 551	105	94	7,8	7,0	8,28	8,29
Leer	15 225	217	295	13,1	17,8	12,29	12,55
Oldenburg	17 774	153	140	12,2	11,1	10,45	10,35
Osnabrück	17 889	416	443	11,6	12,3	8,53	8,75
Vechta	18 569	146	183	10,6	13,2	9,34	9,65
Wesermarsch	16 392	183	132	19,6	14,2	11,85	11,77
Wittmund	15 493	98	69	16,9	11,9	12,52	12,59
Statistische Region Weser-Ems	16 686	3 702	3 845	14,9	15,5	.	.
Niedersachsen	17 518	12 574	13 625	15,7	17,1	11,23	11,39

1) Überschuldete Personen je 100 Einwohner über 18; Quelle: Creditreform, Schuldneratlas 2007. - 2) alle zivilen Erwerbspersonen. - 3) Einwohner am 30.6.2006 bzw. 2007. - 4) der entsprechenden Altersklasse. - 5) Einwohner am 31.12.2007.

Arbeitslosenquote ²⁾			Empfänger von SGB II-Leistungen insgesamt		Empfänger von SGB II-Leistungen unter 15 Jahre		Empfänger von SGB II-Leistungen insgesamt	
Jahresdurchschnitt		Juli 2008	Juni 2007				April 2008	
2006	2007		Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁵⁾
Prozent								
12,0	10,4	9,3	26 728	109,0	6 649	222,1	26 060	106,0
14,1	11,4	9,7	13 094	121,5	3 853	244,8	12 464	118,3
10,4	8,9	6,7	9 681	79,9	2 735	173,2	9 542	79,5
10,0	8,7	6,2	13 248	75,6	3 895	128,6	12 727	73,0
12,5	11,6	9,5	21 532	82,2	5 630	157,3	22 380	85,7
12,3	10,4	9,9	15 240	100,6	3 921	203,9	15 114	102,1
12,4	11,0	8,9	9 187	94,0	2 258	163,4	8 842	92,2
10,8	9,1	8,5	12 949	88,3	3 614	170,2	12 588	87,4
13,8	11,1	9,8	7 553	92,2	1 985	179,2	7 690	95,8
10,6	9,2	8,2	11 579	86,0	3 384	154,7	11 699	87,6
9,9	7,9	6,9	10 025	79,3	2 733	140,2	9 811	78,7
.	.	.	150 816	91,4	40 657	173,6	148 917	91,2
12,1	9,9	9,4	120 503	106,8	32 828	209,5	120 776	106,9
.
.
7,3	6,4	5,2	14 597	67,7	4 399	128,1	13 975	65,0
12,4	10,9	9,3	16 974	106,2	4 722	202,8	16 240	102,9
11,2	8,8	8,2	26 427	90,9	7 565	174,9	25 663	88,9
12,5	10,5	8,7	7 265	93,2	1 972	172,7	7 084	93,1
9,8	8,3	7,3	10 762	85,5	3 460	168,9	10 568	84,6
11,3	9,5	8,7	14 943	90,3	4 284	170,9	14 556	88,7
.	.	.	211 471	97,7	59 230	188,3	208 862	96,8
10,9	9,5	8,3	17 947	98,4	5 256	179,9	17 466	96,4
10,8	9,1	7,6	17 957	87,5	5 327	167,8	17 345	85,5
7,2	6,0	5,0	13 478	55,7	4 200	108,1	13 127	53,8
14,0	12,9	12,5	5 714	111,3	1 576	209,0	5 535	109,7
10,4	8,6	7,6	16 455	93,8	4 707	171,7	15 937	90,3
8,2	6,9	5,0	6 511	57,8	2 009	111,4	6 252	55,5
8,1	6,9	5,5	11 134	67,5	3 391	118,5	10 921	66,2
10,6	9,8	7,9	11 970	83,9	3 632	158,7	11 952	84,4
9,5	8,3	7,3	16 374	83,3	4 899	148,4	16 104	81,7
11,3	10,0	8,5	8 822	91,0	2 432	168,0	8 563	89,2
8,2	6,9	6,3	10 195	76,0	3 342	152,7	9 895	74,0
.	.	.	136 557	80,1	40 771	149,0	133 097	78,2
15,3	11,8	10,3	12 026	158,4	3 460	302,1	11 454	152,4
15,7	12,9	11,1	6 436	124,5	1 893	245,0	6 308	122,0
12,5	11,0	10,1	18 417	116,1	4 957	228,5	18 340	114,9
10,9	9,2	8,1	15 757	96,2	4 323	212,1	16 126	99,0
15,2	13,2	11,9	11 463	137,2	2 393	228,0	11 078	134,8
7,7	7,4	6,0	7 844	67,7	2 361	119,8	7 604	65,0
12,4	10,8	8,6	18 798	98,9	5 361	165,7	17 262	90,7
8,2	7,3	6,1	11 486	73,8	4 005	127,9	11 145	70,9
7,9	6,1	4,5	18 022	58,1	5 511	98,5	16 754	53,4
10,8	8,6	7,3	7 745	76,4	1 887	116,3	7 661	76,0
8,4	6,1	4,6	8 699	64,7	2 675	112,1	7 855	58,1
12,2	10,0	8,4	15 462	93,7	4 707	164,7	14 422	87,4
7,8	6,7	6,0	8 767	69,7	2 712	125,6	8 850	70,2
8,0	5,6	4,8	21 293	59,2	6 700	107,0	20 977	58,5
6,0	5,0	4,2	7 415	56,0	2 551	100,5	7 254	54,0
10,2	9,1	8,2	9 090	97,0	2 699	175,0	8 889	96,0
12,1	10,1	7,2	5 297	91,4	1 607	165,6	5 248	90,9
.	.	.	204 017	82,4	59 802	144,3	197 227	79,5
10,5	8,9	7,7	702 861	87,9	200 460	162,1	688 103	86,3

(11,6 %) festzustellen. Auch innerhalb der Größenklasse mit Werten von 10,5 % und mehr gibt es starke Unterschiede: Die Werte für Wilhelmshaven (13,7 %), Delmenhorst (15,8 %) und Bremen (14,0 %) heben sich noch einmal leicht, Bremerhaven mit einem Anteil von 20,1 % sogar noch einmal deutlich zum Negativen ab. Diese Aufzählung von Gebieten macht deutlich, dass es sich eher um ein städtisches Phänomen handelt. Die Landeshauptstadt Hannover ist hier nicht separat ausgewiesen, doch fügen sich ihre Kennzahlen der Vorjahre in dieses Bild. Im Vergleich der kreisfreien Städte gehören einzig Wolfsburg und Osnabrück mit 8,0 % bzw. 9,6 % nicht der höchsten Klasse an.

SGB II-Empfänger unter 15 Jahre

Anknüpfend an die Gesamtheit der SGB II-Empfänger soll unter diesen im Folgenden die Gruppe der Kinder, also der unter 15-Jährigen, betrachtet werden. Die Anteile für diese beiden Gruppen korrelieren nahezu perfekt miteinander⁷⁾. Bei der Betrachtung der bekämpften Kinderarmut stechen in Karte 6 vor allem Bremerhaven (40,1 %), Bremen (29,3 %), Delmenhorst (30,21 %), Emden (24,5 %) und Salzgitter (24,48 %) als tiefrote Gebiete und damit Gebiete mit Anteilen von 23 % und mehr hervor. Hohe Kinderarmut tritt vor allem in den Städten auf. Denn auch Braunschweig (22,2 %), Osnabrück (21,21 %), Oldenburg (22,85 %) sowie Wilhelmshaven (22,80 %)⁸⁾ fallen in die hellrote, also die zweithöchste Kategorie. Die großstädtisch geprägte Region Hannover (20,95 %) fällt ebenso wie die Landkreise Hameln-Pyrmont (20,28 %) und Goslar (20,39 %) in der Mitte bzw. im Süden und Lüchow-Dannenberg (20,90 %) im Nordosten des Landes in diese Größenklasse. In positiver Hinsicht ragt vor allem der Landkreis Emsland heraus. Hier liegt die Kinderarmutsquote nur bei 9,85 %. Ansonsten ergibt sich in regionaler Hinsicht eine ähnliche Struktur wie in Karte 5: Regionen mit niedrigen Anteilen liegen vor allem zwischen Bremen und Hamburg sowie im Westen des Landes. Auch die Landkreise Gifhorn (12,9 %) und Wolfenbüttel (14,0 %) sind mit unterdurchschnittlichen Anteilen positiv auffällig. Weite Teile der Küste, der Heide und des Berg- und Hügellandes im Süden und Südwesten des Landes sind hinsichtlich der bekämpften Kinderarmut durchschnittlich.

4.2 Regionale Armuts- und Reichtumsquoten

Die Tabelle 10 sowie die Karten 7 und 8 enthalten die Ergebnisse der Armuts- und Reichtumsberechnung für die

7) Der Korrelationskoeffizient „r“ misst Richtung und Stärke des statistischen Zusammenhanges zwischen zwei metrisch skalierten Variablen. Er kann Werte zwischen -1 (extrem starker negativer Zusammenhang) und +1 (extrem starker positiver Zusammenhang) annehmen. Je näher r dem Wert 0 kommt, desto schwächer ist der Zusammenhang. Für den Anteil der SGB II-Empfänger an der Bevölkerung und den Anteil der unter 15-jährigen SGB II-Empfänger an der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von $r=0,96$. – 8) Es liegen Hinweise auf eine Untererfassung in Wilhelmshaven und dem LK Friesland vor.

o. g. „regionalen Untergruppen“ des Mikrozensus für das Jahr 2007; das ist wie gesagt meistens die Kreisebene, ergänzt durch Angaben für die Städte Göttingen und Hannover sowie ihr Umland und für die vier Statistischen Regionen (europäische NUTS II-Ebene, ehemalige Regierungsbezirke) der Landes⁹⁾. Die Auswertung muss sich auf die Personen konzentrieren, die unterhalb der 60 %-Schwelle der Armutsgefährdung liegen: Erfreulicherweise ist die Zahl der Personen unterhalb der 40 %-Schwelle der strengen Armut auf Kreisebene so gering, dass sie statistisch unsicher ist, und auch die Zahl der Personen unterhalb der 50 %-Armutsschwelle ist in vielen Fällen nicht sicher nachweisbar.

Armutsgefährdungsquoten

Auf der großräumigen Ebene der Statistischen Regionen findet man altbekannte Strukturen wieder: die Armutsgefährdungsquoten sind in der Tendenz im Westen (Statistische Region Weser-Ems: 13,3 %) und Norden (Statistische Region Lüneburg: 13,4 %) niedriger als im Südosten (Statistische Region Braunschweig: 15,1 %) und in der Mitte des Landes (Statistische Region Hannover: 15,6 %). Die Spannweite der regionalen Armutsgefährdungsquoten reicht auf der Kreisebene von einem Maximum von 24,2 % (Stadt Göttingen) bis zum Minimum von 7,6 % (Grafschaft Bentheim). Hohe Werte von über 16 % und mehr treten vor allem in Großstädten auf, und zwar in Braunschweig mit 19,2 %, Hannover (18,9 %) und Wilhelmshaven (16,6 %), daneben auch im Umland von Göttingen (17,9 %) sowie im Landkreis Holzminden (17,8 %). Die hohe Armutsquote der genannten Großstädte hängt einerseits damit zusammen, dass sich in den Großstädten die sozialen Problemlagen meist ballen, ist aber offenbar auch eine Folge der relativ geringen studentischen Einkünfte, was sich naturgemäß vor allem in der Universitätsstadt Göttingen und ihrem Umland bemerkbar macht. Umgekehrt gibt es im ländlichen Raum z. T. sehr niedrige, einstellige Quoten: Neben der Grafschaft Bentheim stechen hier die Landkreise (LK) Soltau-Fallingb. (9,7 %) und Cloppenburg (9,9 %) positiv hervor. Etwas überraschend hat auch z. B. die Stadt Delmenhorst, die ansonsten oft recht ungünstige Sozialindikatoren aufweist, mit nur 11,8 % eine relativ geringe Armutsgefährdungsquote¹⁰⁾.

Reichtumsquoten und „soziale Mitte“

Überdurchschnittlich hohe Anteile von „Reichen“ (Karte 8) oder besser mindestens wohlhabenden Menschen gibt es im LK Harburg (9,0 %), im Ammerland (8,9 %), in der Landeshauptstadt Hannover (8,8 %) und im LK Rotenburg

9) Die Daten für die Statistischen Regionen sind originär berechnet, die Daten für den Landkreis Göttingen insgesamt sowie die Region Hannover sind geschätzt.

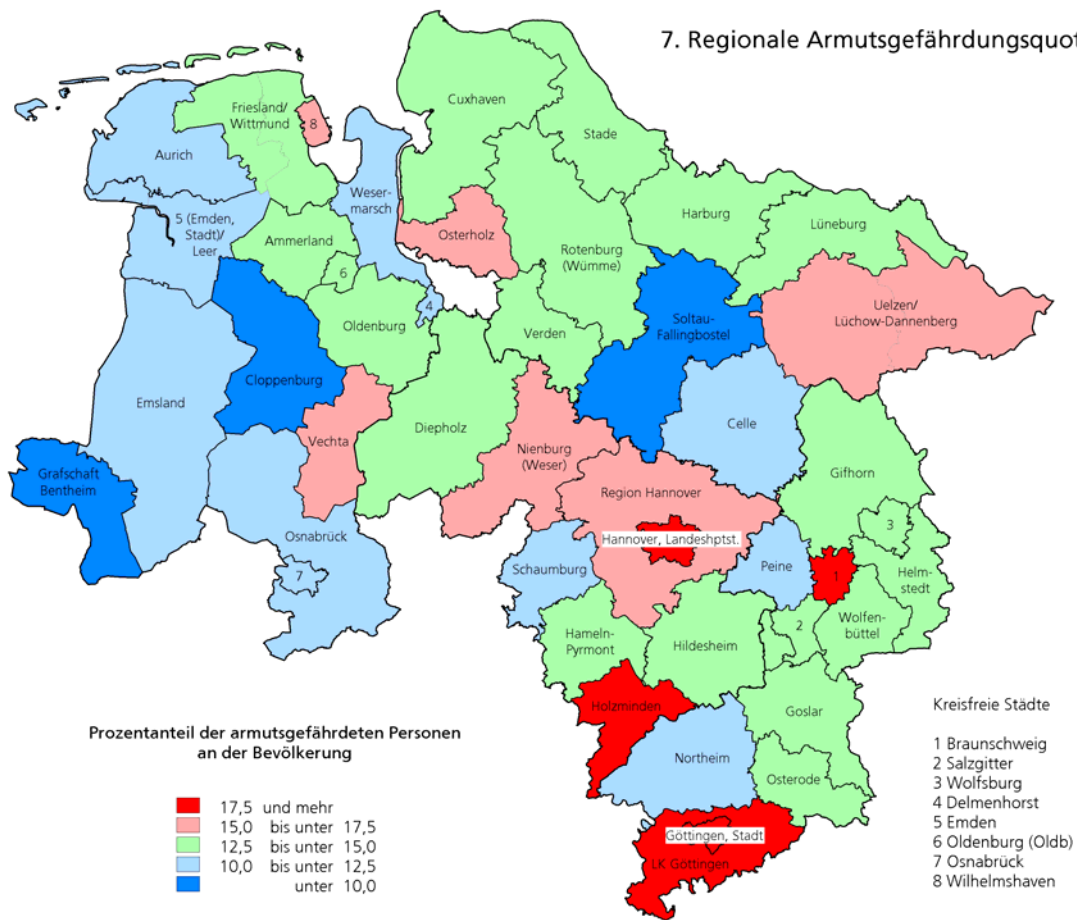
10) Allerdings scheinen die Daten darauf hinzuweisen, dass es in Delmenhorst überproportional viele Menschen gibt, die ein Einkommen unterhalb der 40 %- und 50 %-Schwelle haben.

10. Armuts- und Reichtumsquoten nach Landkreisen und kreisfreien Städten 2007

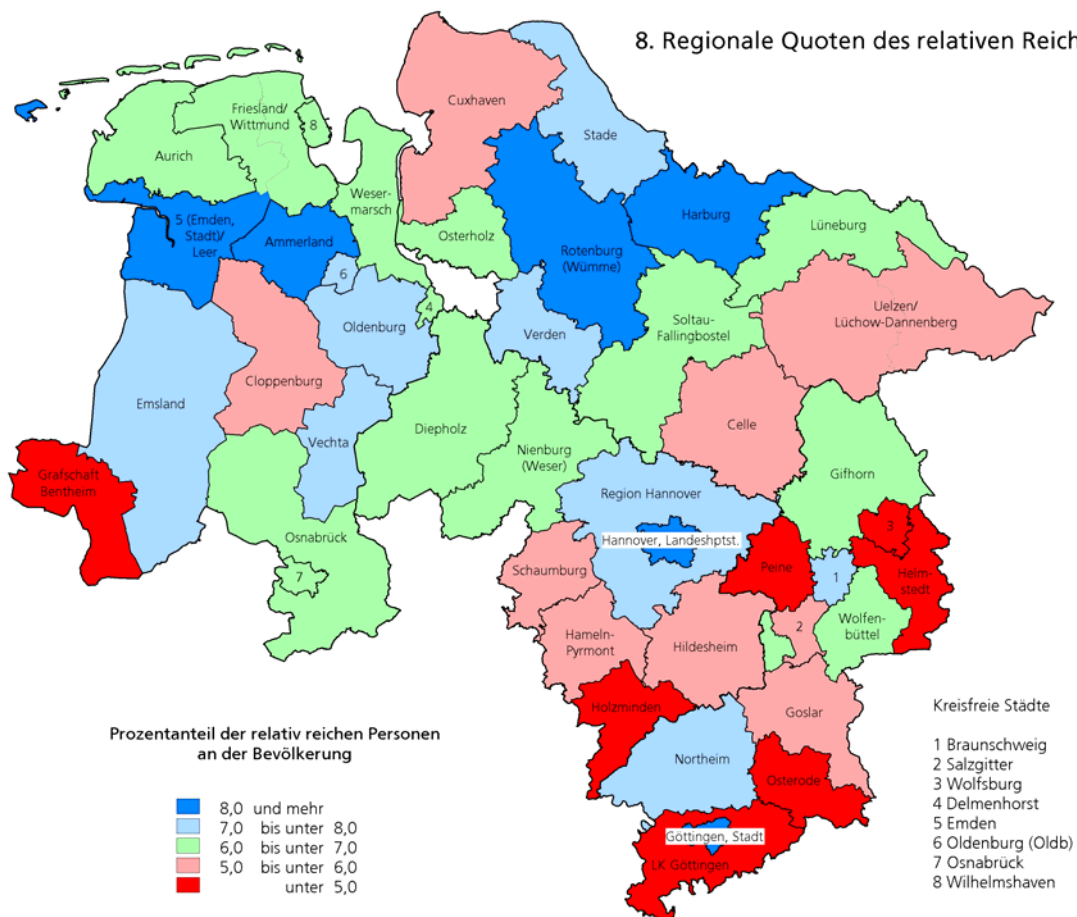
Landkreis Kreisfreie Stadt Statistische Region Land	durchschn. Pro-Kopf- Einkommen	Armutsquoten (Prozent)		Zahl der armutsgefährdeten Personen	Soziale Mitte		Reichtum		Einwohner in Privathaushalten
		Armut: unter 50 %	Armutsgefährdet: unter 60 %				Anzahl (1 000)	Prozent	
	Euro	des jeweiligen regionalen Durchschnittseinkommens		Anzahl (1 000)		Prozent		Anzahl (1 000)	Prozent
Braunschweig, Stadt	1 298	12,3	19,2	46,5	176,4	72,9	19,2	7,9	242,1
Salzgitter, Stadt	1 228	(7,9)	13,3	13,9	84,8	80,9	(6,0)	(5,8)	104,7
Wolfsburg, Stadt	1 333	(7,5)	13,1	15,7	98,6	82,6	(5,2)	(4,3)	119,4
Gifhorn	1 312	7,2	12,7	22,3	142,0	81,2	10,6	6,0	174,8
Göttingen, Landkreis	1 266	13,2	20,7	54,2	190,8	73,6	15,0	5,7	260,0
dav. Göttingen, Stadt	1 255	16,8	24,2	29,3	82,2	67,8	(9,7)	(8,0)	121,2
dav. Göttingen, Umland	1 275	10,2	17,9	24,9	108,7	78,3	(5,3)	(3,8)	138,8
Goslar	1 249	8,0	13,6	20,0	118,1	80,5	(8,4)	(5,9)	146,9
Helmstedt	1 259	(7,5)	13,2	12,8	79,9	82,6	/	/	96,7
Northeim	1 258	(6,7)	11,9	17,1	116,5	80,8	10,5	7,3	144,1
Osterode am Harz	1 192	(10,0)	(13,1)	9,7	61,1	82,2	/	/	74,3
Peine	1 335	(5,2)	11,0	14,8	113,2	84,5	(6,0)	(4,5)	133,9
Wolfenbüttel	1 276	(8,1)	14,7	18,2	97,6	78,7	(8,1)	(6,6)	124,0
Statistische Region Braunschweig ¹⁾	1 277	9,0	15,1	244,7	1 279,4	78,9	96,8	6,0	1 621,0
Region Hannover	1 312	9,7	17,1	191,9	839,4	74,9	89,2	8,0	1 120,5
dav. Hannover, Ldhptst.	1 251	10,9	18,9	96,9	370,7	72,3	45,2	8,8	512,8
dav. Hannover, Umland	1 364	8,7	15,6	95,0	468,6	77,1	44,0	7,2	607,7
Diepholz	1 328	7,7	14,1	30,2	170,3	79,3	14,1	6,6	214,6
Hamelin-Pyrmont	1 259	8,2	14,4	22,6	125,0	80,0	(8,7)	(5,6)	156,3
Hildesheim	1 291	6,4	13,3	37,8	230,1	80,8	16,8	5,9	284,8
Holzminden	1 163	/	17,8	13,6	59,5	78,1	/	/	76,3
Nienburg (Weser)	1 212	9,2	16,0	20,0	97,1	77,8	(7,8)	(6,2)	124,8
Schaumburg	1 233	(5,7)	11,5	18,7	135,0	83,2	(8,6)	(5,3)	162,3
Statistische Region Hannover ¹⁾	1 289	8,5	15,6	334,5	1 656,6	77,4	148,4	6,9	2 139,6
Celle	1 287	7,9	11,7	20,8	146,3	82,8	(9,7)	(5,5)	176,8
Cuxhaven	1 275	7,7	14,9	30,3	162,3	79,8	10,8	5,3	203,4
Harburg	1 435	7,7	14,1	34,2	186,7	76,9	21,9	9,0	242,8
Lüneburg	1 333	6,9	14,3	24,8	137,3	79,1	11,4	6,6	173,4
Osterholz	1 287	(7,1)	15,2	17,1	87,7	78,0	(7,7)	(6,9)	112,4
Rotenburg (Wümme)	1 192	(6,5)	12,6	20,8	129,7	78,6	14,4	8,7	165,0
Soltau-Fallingb.ostel	1 209	(4,5)	9,7	13,8	119,6	84,2	(7,4)	(6,1)	142,1
Stade	1 295	6,4	12,6	24,8	157,0	79,7	15,2	7,7	197,0
Uelzen und Lüchow-Dannenberg	1 206	8,4	15,4	21,2	109,1	79,2	(7,4)	(5,4)	137,6
Verden	1 319	(5,2)	13,2	17,6	106,1	79,3	(10,1)	(7,5)	133,9
Statistische Region Lüneburg ¹⁾	1 289	6,9	13,4	226,0	1 341,1	79,6	117,4	7,0	1 684,4
Delmenhorst, Stadt	1 208	(8,4)	(11,8)	8,9	61,2	81,3	/	/	75,3
Emden, Stadt und LK Leer	1 118	6,1	12,2	26,4	171,7	79,4	18,1	8,4	216,3
Oldenburg (Oldb.), Stadt	1 377	7,8	14,5	18,3	98,2	78,0	9,4	7,5	125,9
Osnabrück, Stadt	1 191	6,0	12,1	43,2	292,4	81,7	22,2	6,2	357,7
Wilhelmshaven, Stadt	1 136	(8,2)	16,6	13,4	62,6	77,3	/	/	81,0
Ammerland	1 263	(7,0)	14,7	17,1	89,1	76,4	(10,4)	(8,9)	116,6
Aurich	1 145	5,8	12,1	22,9	155,0	81,6	12,0	6,3	189,9
Cloppenburg	1 101	(4,7)	9,9	15,3	132,1	84,9	(8,2)	(5,3)	155,7
Emsland	1 183	5,9	11,5	35,9	252,4	80,9	23,6	7,6	311,9
Friesland / Wittmund	1 192	8,1	14,9	23,7	124,3	78,3	(10,8)	(6,8)	158,8
Grafschaft Bentheim	1 148	/	7,6	10,3	120,9	89,6	/	/	134,9
Oldenburg	1 377	(7,8)	14,5	18,3	98,2	78,0	(9,4)	(7,5)	125,9
Osnabrück	1 191	6,0	12,1	43,2	292,4	81,7	22,2	6,2	357,7
Vechta	1 192	(8,8)	15,5	20,8	103,9	77,3	(9,7)	(7,2)	134,5
Wesermarsch	1 293	(7,2)	12,3	11,4	75,9	81,6	(5,7)	(6,1)	93,0
Statistische Region Weser-Ems ¹⁾	1 197	7,1	13,3	328,3	1 961,4	79,6	172,9	7,0	2 462,6
Niedersachsen ¹⁾	1 257	7,8	14,4	1 134,9	6 237,5	78,9	535,2	6,8	7 907,5

1) Berechnung nach „strengem Regionalkonzept“

7. Regionale Armutsgefährdungsquoten 2007



8. Regionale Quoten des relativen Reichtums 2007



(8,7 %). Umgekehrt gibt es die niedrigsten Reichenanteile in den LK Holzminden (4,1 %) und Helmstedt (4,2 %) sowie in der Stadt Wolfsburg (4,3 %). Mit aller gebotenen Vorsicht lässt sich sagen, dass der Reichenanteil tendenziell in Großstädten und ihrem stadtnahen „Speckgürtel“ relativ hoch liegt, während dieser in eher peripheren Regionen (Helmstedt, Holzminden, aber auch z. B. Uelzen / Lüchow-Dannenberg und die Harzkreise) und im „2. Ring“ um die Großstädte (z. B. LK Peine) tendenziell eher gering ist.

Dann gibt es natürlich noch die Menschen, die weder arm noch reich sind: die soziale Mitte. Dieser Kern der Gesellschaft wird oft übersehen, weil er seltener Objekt öffentlicher Aufmerksamkeit ist. 8 von 10 Niedersachsen (78,9 %) gehören hierzu. Die Spannweite der Prozentanteile der „sozialen Mitte“ reicht von 67,8 % bis maximal 89,7 %, und die Extrema werden wieder durch zwei bereits genannte Regionen gekennzeichnet: Die schmalste „soziale Mitte“ (67,8 %) weist die Universitätsstadt Göttingen auf. Die breiteste Basis hat der „Mittelstand“ in der Grafschaft Bentheim (89,7 %), wo unterdurchschnittliche Armuts- und Reichtumsquoten zugleich auftreten. Hohe Anteilswerte der sozialen Mitte findet man auch in den eher ländlichen LK Peine, Schaumburg, Soltau-Fallingb. und Cloppenburg, während die Großstädte, vor allem Hannover, Göttingen und Braunschweig, sozial eher disparat sind: Sie weisen einen geringen Anteil des „Mittelstandes“ auf, und das korrespondiert mit hohen Armutsgefährdungs- und Reichtumsquoten zugleich.

Pro-Kopf-Einkommen

Auch das Pro-Kopf-Einkommen weist erhebliche regionale Diskrepanzen auf. In den Statistischen Regionen Hannover und Lüneburg liegt es bei 1 289 Euro und damit klar über dem Landesdurchschnitt. Die Statistische Region Braunschweig liegt mit 1 277 Euro knapp unter dem Landeswert, und nur der Raum Weser-Ems weist mit 1 197 Euro klar unterdurchschnittliche Einkommen auf. Drei der vier Statistischen Regionen liegen eng beieinander und in der Nähe des Landesdurchschnitts von 1 257 Euro.

Auf Kreisebene tritt das Maximum im LK Harburg im Hamburger Umland mit 1 435 Euro auf, das Minimum gibt es im LK Cloppenburg mit 1 101 Euro. Die Einkommen sind in einigen Großstädten (Wolfsburg, Braunschweig, Hannover, Oldenburg) und ihrem näheren Umland („Speckgürtel“, freundlich auch als „Wohlfühlzone“ bezeichnet) deutlich höher als im ländlichen Raum. Es gibt aber auch einige kreisfreie Städte, vor allem im Weser-Ems-Raum, mit klar unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen. Im Großen und Ganzen entspricht die regionale Einkommensverteilung, wie sie auf Basis der Mikrozensus-Werte ermittelt wurde, den Strukturen, die die Volkswirtschaftli-

chen Gesamtrechnungen auf Basis ganz anderer Quellen für das „verfügbare Einkommen“ errechnete (vgl. Tabelle 9 und Karte 1).

Am Beispiel Osterholz: Aussagekraft der regionalen Quoten

Am Beispiel des LK Osterholz, unmittelbar östlich an Bremen angrenzend, kann man Aussagekraft und -grenzen regionaler Armutsgefährdungsquoten erkennen. Das Folgende soll die Problematik nur exemplarisch andeuten. Der LK Osterholz wies 2007 eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote von 15,2 % auf; landesweit waren es nach „strengem Regionalkonzept“ 14,4 %. Hat also der LK Osterholz ein stärkeres Armutsproblem als andere Regionen? Das kann man so pauschal nicht sagen, eher gilt das Gegenteil: Der Kreis hat überdurchschnittliche Einkommen, eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, relativ wenig Empfänger von SGB II-Leistungen und eine ebenfalls unterdurchschnittliche Verschuldungsproblematik (vgl. Tabelle 9). Man darf die regionalen Armutsquoten also niemals allein und absolut interpretieren, sondern muss sie immer in der Gesamtschau mit anderen Datenquellen auswerten.

Wie kommt es zu dieser am Beispiel des LK Osterholz aufgezeigten Diskrepanz verschiedener Datenquellen? Ohne hier zu tief in regionale Besonderheiten einsteigen zu können und zu wollen, sei soviel gesagt: Wie bei anderen Umlandkreisen auch gibt es innerhalb des LK Osterholz starke regionale Einkommensdisparitäten. Zwei Gemeinden, die direkt an Bremen angrenzen, sowie der bekannte Künstlerort Worpswede weisen lt. Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2004 auch im Landesvergleich sehr hohe Durchschnittseinkünfte (hier: „Gesamtbeitrag der Einkünfte“) auf. Andere Gemeinden innerhalb des Kreises liegen ebenso klar unter dem Landesdurchschnitt, so dass die sieben Verwaltungseinheiten des Kreises eine Spannweite des jeweiligen örtlichen durchschnittlichen Gesamtbetrags der Einkünfte von 27 166 Euro bis 34 138 Euro aufweisen¹¹⁾. Man muss also, wenn man dem Problem auf der regionalen Ebene auf den Grund gehen will, erstens sehr viele Datenquellen heranziehen und zweitens die Analyse bis auf die Gemeindeebene vornehmen.

5. Zusammenfassung

Die Hauptbefunde für das Land sind in aller Kürze:

- Jeder siebte Niedersachse, 14,6 %, gilt als armutsgefährdet.
- Der langjährige Trend zur sozialen Spaltung der Gesellschaft in arm und reich ist seit 2005 gestoppt.

¹¹⁾ Vgl. näher hierzu Jessica Huter, Quellen und Methoden einer regionalisierten Sozialberichterstattung, Vortrag auf dem Workshop des LSKN am 23.10.2008.

- Überdurchschnittlich stark von Armut betroffen sind Ausländer, Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, große Familien, Geringqualifizierte und Arbeitslose.
- Umgekehrt schützen Erwerbstätigkeit und gute Qualifikation vor Armut.
- Zweipersonenhaushalte und Menschen im Alter von 50 bis 65 Jahren haben eine relativ komfortable Wohlstandsposition.

Dies sind keine überraschenden Befunde, sondern sie stehen im Einklang mit Studien, die auf anderen Datenquellen beruhen und bestätigen auch die Erkenntnisse, die im Rahmen der niedersächsischen Armuts- und Reichtumsberichte schon in früheren Jahren gewonnen wurden.

Methodisches Neuland wurde mit der Berechnung von Armuts- und Reichtumsquoten auf Kreisebene betreten. Wie diese Regionalquoten im Einzelfall zu interpretieren sind, kann immer nur in der Gesamtschau mit anderen Einkommens-, Sozial- und Armutsindikatoren auf regionaler, teils sogar lokaler Ebene entschieden werden. Regionale Armutsquoten sind nicht mehr und nicht weniger

als *ein* wichtiger Bestandteil einer regionalisierten Sozialberichterstattung. Abschließend ein Blick in die Zukunft:

Der LSKN wird die Entwicklung von Armut und Reichtum weiter beobachten und die Öffentlichkeit weiter darüber informieren. Die nächsten Schritte werden auf jeden Fall darin bestehen, dass im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vergleichbare Armutsindikatoren für alle 16 Länder ermittelt werden. Es wird auch daran gearbeitet werden, den vollen Informationsgehalt des Mikrozensus für diese Berichterstattung zu nutzen. So wird im Jahr 2009 der Mikrozensus wieder eine detaillierte Erfassung des Migrationshintergrunds vornehmen. Dann wird auch eine feinere Unterscheidung zwischen Deutschen, Deutschen mit Migrationshintergrund (z.B. Aussiedler) und Ausländern zur Verfügung stehen.

Die hier vorgelegten räumlichen und sozialräumlichen Daten und Analysen werden Anlass zu zahlreichen Nachfragen und weiteren Datenwünschen geben. Der LSKN wird im Rahmen seiner Möglichkeiten alles dafür tun, diesen Wünschen so gut wie möglich nachzukommen.